

Angabe: Die 8-spaltige Druckspalten- oder deren Raum 100.— Markt, Stellen- und Wohnungsangelegenheiten, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Markt. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Markt. — Retikelpreis: Die Millimeterzeile 8-spaltig oder deren Raum im Text 280.— Markt.

Schlesische

Bezugspreis: Durch Ausleger Einzelnummer 200 Witt. 1000.— Witt. pro Woche. Durch die Post Einzelnummer 200 Witt. 8000.— Witt. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Abz. Genossenschaft. — Redaktionsprechstunde: 5—8 Uhr nachm. Postkonto: Breslau Nr. 810 50. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887.

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 95.

Dienstag, den 24. April 1923.

5. Jahrgang.

Aus dem Inhalt:

In Oberhausen hat der englische Außenminister Lord Curzon eine großangelegte Rede gehalten, die von der deutschen Bourgeoisie begrüßt wird.

Nach bürgerlichen Meldungen soll die Regierung auf diese Rede hin bereits ein Angebot gemacht haben.

In Waldenburg ist ein Grubenbrand ausgebrochen. Sechs Tote und mehrere Verletzte sind bis jetzt gemeldet.

Grubenbrand in Waldenburg.

Die Opfer des Kapitalismus. — 6 Tote, mehrere Verletzte.

(Eigener Drahtbericht)

Waldenburg, 24. April, 8.20 Uhr mittags. Auf dem Bahnhaupt Waldenburg ist ein Grubenbrand ausgebrochen. Bis zur Stunde sind 6 Todesfälle und eine Anzahl Gasvergiftungen gemeldet worden. Näheres berichten wir morgen.)

Die Reaktion pukt die Gewehre!

Waffenlager der Orgeß in Oberschlesien ausgehoben.

Am 19. April wurde in Wisnibitz mit Hilfe der Schutzpolizei ein Waffenlager der Orgeß ausgehoben. Es wurden 85 Gewehre, 2 schwere Maschinengewehre und ungefähr 1000 Schußmunition gefunden. Dieser Waffenfund wurde in der Kolonie Kanaß, gehörig zu Wisnibitz, gemacht. Die Waffen waren beim Schächter Fißel im Schweinefall versteckt. Die Gewehre müssen kurz vorher ausgegraben worden sein, denn der Dred hing noch daran.

Diese Meldung demonstriert jedem Arbeiter eindringlich die riesengroße Gefahr der ober-schlesischen Konterrevolution. Sie straft alle Erklärungen des Ministers Severing von der Auflösung der Orgeß und anderer konterrevolutionärer Organisationsorgane.

Warum haben die ober-schlesischen Orgeßjünger gerade jetzt die Waffen aus der Erde geholt? Nur um sie gebrauchsfertig zu machen. Es ist so klar, daß jeder Zweifel daran unmöglich ist: Die ober-schlesische Orgeß bereitet sich vor, den Kampf gegen das Proletariat zu beginnen. Die Situation ist um so ernster, als die gesamte bürgerliche Presse täglich Wüstenmeldungen über einen angeblichen Polenputsch fabriziert. Die „Schlesische Tagespost“ brachte es sogar fertig, vor einigen Tagen von einem Ueberfall der Polen zu berichten, der zurückgeschlagen worden sein soll. Dabei steht fest, daß es in Oberschlesien nirgends zu Zusammenstößen gekommen ist. Und ein neuer Helfer ist der ober-schlesische Orgeß noch entstanden. Herr Severing erklärte im Landtage, daß ein gewisser Selbstschutz berechtigt sei. Die bürgerliche Presse in Oberschlesien stützt sich nun auf diese Worte Severings, um die Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung der Selbstschutzformationen zu beweisen.

Um so notwendiger ist die geschlossene Abwehr der gesamten Arbeiterklasse gegenüber den von Severing begünstigten konterrevolutionären Banden. Wenn die Arbeiterklasse in Oberschlesien sich vor Ueberfällen aller Art schützen will, müssen sie von deutschen oder polnischen Faschisten kommen, so muß sie schleunigst proletarische Hundstafeln gründen.

Die Herstellung der faschistischen Einheitsfront in Bayern.

Die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Kampfbünde (Nationalsozialisten) und die Vereinigten bayerischen Verbände haben sich zusammengeschlossen. Damit ist die Einheitsfront aller Richtungen der Reaktion in Bayern von Hitler bis Kahr hergestellt.

Einige gute Leute und schlechte Musikanten hatten aus den Zwistigkeiten der faschistischen Gruppen in Bayern den Schluß gezogen, daß die Bewegung ablaue und sich zersee.

Das ist eine gefährliche Dummheit. Alle diese Streitereien galten der Ausrichtung der faschistischen Front. Die faschistische Gefahr in Bayern hat sich nicht gemindert, sondern vergrößert. Es ist geradezu ein Verbrechen an der Arbeiterklasse, sie glauben zu machen, daß das Gegenteil der Fall ist.

Handelsabkommen zwischen Sowjetrußland und Dänemark.

W. Kopenhagen, 23. April. Montag, den 23. April, unterzeichneten die Führer der nach Rußland entsandten dänischen Delegation und der Führer der russischen Verhandlungsdelegation, Atwinoff, in Moskau, ein vorläufiges Handels- und Wirtschaftsübereinkommen zwischen Dänemark und Sowjetrußland. Das Übereinkommen wird demnächst dem Reichstag vorzulegen werden.

Die deutsche Bourgeoisie kapituliert!

Ein Angebot der deutschen Regierung?

Es wird immer deutlicher, daß die Reichsregierung zu Verhandlungen bereit ist. Zu der Rede des englischen Außenministers Lord Curzon, über die wir an anderer Stelle berichten, ließ sie halbamtlich erklären:

„Die Reichsregierung betrachtet die Rede Lord Curzons als eine wichtige politische Tatsache, die die bisherige Situation nicht unwesentlich beeinflussen könnte. Die Reichsregierung ist in Erwägungen darüber eingetreten, welche Folgerungen sich hieraus ergeben.“

Und schon melden bürgerliche Blätter von einem Vorschlag der deutschen Regierung. So führte nach einer Meldung des „8-Uhr-Abendblattes“ der „Berliner Lokalanzeiger“ aus:

„Die Regierung ist zu einem positiven Vorgehen gewillt. Dafür kommen rein äußerlich vorläufig drei Wege in Frage:

1. eine amtliche Verlautbarung des W.B.;
2. eine Erwiderung des Reichstanzlers Dr. Cuno oder des Reichsaußenministers Dr. Rosenberg vor dem Plenum des Reichstages;
3. eine Kollektivnote an alle Signatarmächte des Versailler Vertrages, in der ein fest umrissener Vorschlag enthalten wäre; in dieser Note würde das aufrichtigste Inter-

esse der deutschen Regierung bekundet werden, über die Reparationsfrage zu verhandeln. Außerdem würde man auf die Schlüsselwörter Poincarés in seiner letzten Rede eingehen, in der er über Sicherungen und Reparationsfragen sprach. Die deutsche Regierung würde sich noch einmal ausdrücklich bereit erklären, Reparationen zu leisten und Sicherheiten zu geben, wie das bereits des öfteren geschehen ist.

In politischen Kreisen neigt man der Ansicht zu, daß die Regierung sich entscheiden werde, den dritten Weg zu gehen, da er mehr Erfolg versprechen dürfte als die beiden anderen.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ ist zwar als eines der übelsten Lügen- und Sensationsblätter bekannt. Doch, aus seinen Meldungen ist immerhin zu ersehen, daß die deutsche Bourgeoisie zur Kapitulation bereit ist. Die „Einheitsfront“ ist auch bereits wieder geschlossen. Von Stinnes bis zum Sozialdemokraten Hermann Müller ist man sich einig, daß die Verständigung mit den französischen Kapitalisten durchgeführt werden muß.

Jetzt ist auch der Zweck über das Mühlheimer Massaker klar. Unter dem Gezeter über den „kommunistischen Putsch“ soll sich die Kapitulation vollziehen.

Die Verständigung beginnt.

Einheitsfront

von Stresemann bis Hermann Müller.

Privattelegramm. Berlin, 24. April. Die von einem gestrigen Abendblatt angekündigte Sitzung des Reichskabinetts, die sich mit der durch die Rede Lord Curzons geschaffenen Lage beschäftigten sollte, hatte, den Blättern zufolge, noch nicht stattgefunden. Die Rede wurde im Laufe des gestrigen Tages nur in Ressortbesprechungen ausführlich behandelt. Der Lokalanzeiger will wissen, daß die Reichsregierung die Rede des englischen Ministers des Aeußeren in der Form beantwortet werde, daß sie an sämtliche Signatarmächte des Versailler Vertrages eine Note schicken werde, in der sie ihren Standpunkt in der Reparationsfrage präzisiert.

Laut „Volkszeitung“ sind die Besprechungen im Reichsfinanzministerium mit Sachverständigen der Bankkreise über die Anzeigenschaft für Devisenbelitz abgeschlossen. Die von Seiten der Bankvertreter gegebenen Anregungen sollen heute im Reichswirtschaftsministerium geprüft werden.

Vor den Parteifunktionären der sozialdemokratischen Partei sprach gestern Abgeordneter Hermann Müller über die politische Lage. Er erklärte, es gäbe keinen Grund, die Aufstellung eines Zahlungsplanes hinauszuzögern, der 30 Milliarden als Endsumme neme. Die deutsche Regierung habe die Pflicht, einen Plan aufzustellen, der Garantien enthalte, und der geradezu propagandistisch wirken müsse. In der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wäre völlige Stimmigkeit darüber vorhanden, daß dieser Plan von der jetzigen Regierung ausgehen müsse. Die Sozialdemokratie sei bereit, die Regierung Cuno zu stützen, wenn sie das Notwendige tue; sie sei aber auch bereit, die Konsequenzen zu ziehen, wenn sie sich weigere, das Notwendige zu tun.

Die Einheitsfront von Hermann Müller bis Stresemann, die sich im Reichstag bereits gebildet hat, ist also perfekt. Diese Einigung bedeutet die Vorbereitung des Aufschlusses der Stinnes- und Thyssen auf die Klubstühle des deutsch-französischen Montantrüsts, einer Aktion, bei der die BSWD. getreu ihrer Tradition als Partei der Bourgeoisie mitwirkt. Betonte doch vor einigen Tagen anlässlich der Rede Stresemanns die Breslauer „Volksmacht“, daß sich trotz aller Gegensätze hier wieder einmal die gemeinsamen Interessen zwischen Industrie

und Arbeiterklasse zeigen. Dieses „gemeinsame Interesse zwischen Industrie und Arbeiterklasse“ natürlich nur die Umschreibung für das wiederbeginneende Kafienderhältnis zwischen den BSWD-Führern und der Bourgeoisie.

Wenn Hermann Müller im übrigen erklärt, die Sozialdemokratie sei bereit, die Regierung Cuno zu stützen, wenn sie das Notwendige tue — so ist ihm das auf's Wort zu glauben. Seine Ankündigung, daß seine Partei aber bereit sei, die Konsequenzen zu ziehen, falls die Regierung sich weigere, das Notwendige zu tun, wird jeder Arbeiter, der die „Konsequenz“ der BSWD kennt, nur belächeln.

Wären die BSWD-Führer noch konsequente Arbeiterführer, dann hätten sie längst für die einzig richtige Lösung der außenpolitischen Krise eintreten müssen, nämlich für den Sturz der Cunoregierung, und Schaffung einer Arbeiterregierung.

Greift England in den Ruhrkrieg ein?

Das „Achtuhr-Abendblatt“ mußte gestern abend zu melden:

Rotterdam, 23. April. Die „Morning Post“ meldet aus Paris: Straburg hat in der Reparationskommission den Antrag gestellt, das Kohlenabkommen neu zu regeln. Der Antrag ist deshalb von besonderer Bedeutung, als damit England zum ersten Mal in der Ruhrfrage aus seiner Passivität heraustritt.

Diese bürgerliche Meldung muß mit Vorsicht aufgenommen werden. Möglich, daß der Wunsch Vater des Gedankens war.

Der Ruhrkrieg.

Am 20. April wurde bei Borhalle eine Bahnbrücke gesprengt. Heber Herbede ist der Belagerungsstand verhängt worden.

W. B. Duisburg, 22. April. Die die „Duisburger Volkszeitung“ aus Angermund meldet, wurden Bürgermeister Bed von Angermund, der erste Beigeordnete Dr. Fleuß und der Ortsvorsteher zur Voh verhaftet und nach Düsseldorf gebracht.

W. B. Ortenberg, 22. April. Im Bahnhof findet strenge Passkontrolle statt. Die Eisenbahnzüge kamen heute wie sonst an. Auch im Post-, Telegraphen und Telephonverkehr ist keine Aenderung eingetreten.

Die Opfer des Mühlheimer Arbeitermordes.

W. B. Mühlheim, 23. April. Der Arbeiter Jünner, der von einer Kugel aus dem Rathaus getroffen wurde, ist seinen Verletzungen erlegen. Die Zahl der Todesopfer ist auf sechs gestiegen.

Das wichtigste Ereignis.

Eine englische Aufforderung an Deutschland zur Kapitulation.

Nach der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse zu urteilen, ist heute das wichtigste Ereignis des Tages die Rede, welche der englische Außenminister Lord Curzon im Oberhaus anlässlich der Ruhrdebatte hielt. Curzon führte aus:

Ich kann nicht umhin, zu glauben, daß wenn Deutschland irgend ein Anerbieten seiner Bereitschaft und seiner Absicht, zu zahlen mache, und seines Wunsches, die Summen durch eigens mit dieser Aufgabe betraute Autoritäten festlegen zu lassen, und wenn dieses Anerbieten gleichzeitig genaue Bürgschaften für die Fortsetzung der Zahlungen enthielte, ein Fortschritt erzielt werden könnte. Frankreich hat mehr als einmal zu bestehen gegeben, daß es willens ist, einen solchen Vorschlag entgegenzunehmen, ganz gleich ob er Frankreich allein gemacht wird, oder ob er Frankreich und seinen Verbündeten zusammen gemacht wird. Es liegt im allgemeinen Interesse, daß ein solcher Vorschlag gemacht wird, je eher, desto besser. Das ist der Kern des Rates, den ich andauernd der deutschen Regierung gegeben habe, und ich sehe keinen Grund, an ihrer Weisheit zu zweifeln. Ich bin voller Hoffnung, daß die Zeit kommen wird, wo unter Einfluß und unter der Autorität, die ganz intakt bleiben, mit Ruhen in der Richtung eingestrichelt werden können, daß wir die beiden Hauptparteien zum Einverständnis zu einer Besprechung und zur Entwicklung eines Planes, der nicht auf eine gegenwärtige Lösung abzielt, aber auf die Behandlung eines Problems, das ein Weltproblem und ein Friedensproblem ist.

Diese Rede enthält also im wesentlichen nichts anderes als die Aufforderung an Deutschland, ein Angebot einzureichen und so den Auftakt zu Verhandlungen zu geben.

Es ist kein Wunder, daß die gesamte bürgerliche Presse sich auf diese Rede wüßt. Denn die deutsche Bourgeoisie hat mit ihrer Politik im Ruhrgebiet Schiffsbruch erlitten und sucht nun auf eine möglichst anständige Weise das Wrack wieder flott zu machen. Sie glaubt, die Rede des englischen Außenministers gebe die Möglichkeit dazu. — Noch mehr aber jubiliert die sozialdemokratische Presse. Der „Vorwärts“ schreibt glückstrahlend: „Ein Stappziel ist erreicht“ und auch die schlesischen SPD-Blätter singen Lobeshymnen auf diesen „Verhandlungsaustakt“. Die „Volksmacht“ hebt ganz besonders hervor, daß die Vorschläge Lord Curzons schon von Hermann Müller und Breitheid gemacht worden seien. Wie wenig die deutsche Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Kafiender Ursache haben, über die Rede Curzons zu jubeln, charakterisiert die Berliner „Rote Fahne“ treffend. Sie schreibt zu der Rede:

An der Rede Curzons wird von der Presse vor allem ihre diplomatische Geschicklichkeit gepriesen, von der deutschen Presse ihr „Ton“: man ist so wenig gewöhnt, daß ein Entendiplomat sich über Deutschlands Regierung in anständigen Ausdrücken äußert, daß die formelle und recht wohlfeile Gleichberechtigung, die Lord Curzon Deutschland gewährt, indem er von den „beiden Parteien“, die im Streite liegen, spricht, schon fast wie ein Wohlwollen empfunden wird. Die amtliche und halbamtliche Presse dämpft ihr Lob mit der Bemerkung, sie wolle, bevor sie ein Urteil über den wirklichen Sinn der Rede fällte, deren offiziellen Wortlaut abwarten.

Sie hat auch recht. Auffallend ist, daß Curzon nahezu ausschließlich von Reparationen, von der finanziellen Seite des Streites gesprochen hat, die Frage der Sicherungen dagegen nur gestreift hat. Die Erklärung Deutschlands, es wolle sich verpflichten, während eines Zeitraumes von 30 Jahren keinen Krieg zu führen, tat er mit der etwas ironischen Bemerkung ab, sie biete keine Sicherung für die augenblickliche Lage. Er lobte den Verzicht der deutschen Regierung auf die Forderung die Räumung des Ruhrgebietes müsse den Verhandlungen vorangehen. Er nahm auch zur Kenntnis die Ablehnung jeder Regelung durch Deutschland, die auf eine Herstellung des deutschen Reichsgebietes hinausgehe.

Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß sich zwischen England und Frankreich gerade in den letzten Zeiten eine Annäherung vollzogen hat, deren äußeres Anzeichen die Rede Curzons war, deren halbamtliche Charakter nach der letzten Rede Poincarés ist.

Dankstücken schließt. Es ist auch mehr als wahrheitsgemäß — und die Zurückhaltung Curzons gerade in diesem Punkt ist bezeichnend. — daß bezüglich eben der Sicherungen eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen England und Frankreich erzielt wurde. Frankreich und Belgien bleiben im Wichtigsten fest. Sie erwarten nach wie vor die volle Unterwerfung Deutschlands. Die Entente hat sich befestigt. Und wenn England nur mit den Mitteln eines ehrlichen Märsches oder, um Lord Curzons eigenen Ausdruck zu gebrauchen, eines Agenten hervortritt, so wäre nicht verkehrt als die Annahme, es würde im weiteren Verlaufe der Dinge als uninteressanterer Teilnehmer oder gar als ein Verteidiger des Schwächeren gegen den Stärkeren handeln.

Die Unzufriedenheit mit der Rede Lord Curzons, die die nationalsozialistische französische Presse an den Tag legt, möge niemanden täuschen; sie spricht dafür, daß die verschiedenen Töne in den Reden Bonicars und Curzons weniger auf einen Gegensatz von Interessen und von Stellungen beruht, als auf einer Fiktion der Rollen.

Schon ist die Antwort Bonicars auf die Rede Curzons da. Sie gleicht einige Verwundstropfen in den süßlichen Wein der bürgerlichen Presse: Der Temps beantwortet in seinem Leitartikel die Rede Curzons im englischen Unterhaus über die Reparationsfrage und wirft ihm vor, sich als „unparteilicher Vermittler“ zwischen Deutschland und Frankreich anzubieten, obwohl Deutschland den englischen Ratsschlag, ein holländisches Angebot zu machen, nicht befolgt hat. Sodann formuliert der „Temps“ Frankreichs Standpunkt: keine Vermittlung anzunehmen und keine Reduzierung seiner Forderungen zuzulassen, keine Räumung des Ruhrgebietes, solange die Reparationen nicht bezahlt sind, keine Verhandlungen solange die Reichsregierung ihren Widerstand fortsetzt. Aus der Rede Curzons geht hervor, daß die Verhandlungen über die Festsetzung eines französisch-belgischen Reparationsplanes verfrüht seien.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte!

Die internationale Konferenz in Frankfurt beschloß, in diesem Jahre den 1. Mai als internationalen Kampftag zu begehren. In der ganzen Welt soll am 1. Mai das Proletariat aufmarschieren zum Kampf gegen die Bourgeoisie. Die deutsche Arbeiterklasse gegen besonders befindet sich in einer ungeheuren schweren Situation. Die deutschen und französischen Kapitalisten verhandeln um Eure Haut. Diese Verhandlungen stehen kurz vor dem Abschluß, und Ihr, Proletariat, werdet die Kosten des Wirtschaftskrieges im Ruhrgebiet zu tragen haben. Die Faschisten rüsten sieberhaft, um die Arbeiterklasse niederzuschlagen und nach italienischem Muster ihre Diktatur aufzurichten. Arbeitslosigkeit, Not und Elend wird immer größer. Hunger und Schiebertum stehen in vollster Blüte. Ungeheures Elend droht über die gesamte Arbeiterklasse hereinzubrechen. Noch nie war die Gefahr so groß wie augenblicklich.

Der Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte ruft daher die gesamte Arbeiterklasse auf, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen und in Massen aufzumarschieren zum Kampf:

- Gegen den Faschismus!
 - Gegen Hunger und Schiebertum!
 - Gegen den französischen Imperialismus!
 - Für die Arbeiterregierung!
 - Für das Bündnis mit Sowjetrußland!
 - Für die Befreiung der gesamten Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus!
- Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte.
J. A. Hermann Grothe.

Genossen sammelt eifrig für den revolutionären Kampffonds.

Die Lügen-Presselanaille und die Wahrheit über die Niedermekelung der Arbeitslosen in Mülheim.

Von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse werden die ungläublichsten Lügen über den Mülheimer Arbeitermord verbreitet. Die „Schlesische Zeitung“ vom Sonnabend meldet in ihren Leitern auf dem Hauptblatt: „Der Kommunistenputsch in Mülheim niedergeschlagen.“ Sie schreibt von französischer Begünstigung der Aufrechter und verbreitet Dreuelmährchen nach Nichtenberger Muster.

Wo geschwindelt wird, darf natürlich auch das fromme Waffensblatt, die „Schlesische Volkszeitung“ nicht fehlen. Sie meldet am Sonnabend in Feldbrud: „Franzosen und Bolschewiken Arm in Arm“ und sucht ihren Lesern weiszumachen, daß die Stadt in der Gewalt von von roten Hundertkoppeln gewesen sei. Die oberflächliche „Volksstimme“, die edle Schwester der „Schlesischen Zeitung“, die während des Krieges den Rosenkranz mit der Handgranate vertauschte, meldet am Sonnabend: „Der französische Kommunistenputsch mißglückt.“ Mülheim vom Beschroßengelindel wieder befreit. Die Franzosen bildeten die Beiratsung der Kommunisten und verpösten die Polizei.“ Und einen Leitartikel vom Sonntag betitelt sie: „Marianne mit dem Sowjetkern.“

Dabei muß das Waffensblatt in der Sonnabendnummer selbst zugeben, daß das kommunistische „Ruhr Echo“ die Arbeitslosen vor unüberlegten Aktionen warnt. Aber dem bürgerlichen Pressestrolchen ist nun einmal jede Verleumdung recht, wenn sie nur gegen die Kommunisten gehen können. Der Zweck der Hez ist durchsichtig. Man will zweierlei erreichen: Einmal soll die Wut der Bevölkerung — die in Oberstufen durch die Bekämpfung gelitten hat — gegen die „franzosenfreundlichen Kommunisten“ gelenkt und eine Pogromwelle gegen unsere Funktionäre entsetzt werden. Ferner will man den Ersatz neuer Ausnahmegerichte gegen unsere Partei erreichen. Verlangt doch bereits die „Schlesische Tagespost“ sofortige gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Kommunisten. Um dieses Ziel zu erreichen, kommt es eine Lüge mehr oder weniger nicht an.

So berichtet z. B. die gesamte bürgerliche Schwindelpresse: Die angeblichen Arbeitslosen waren von der Stadt mit Notstandsarbeiten beschäftigt und in voller Höhe der Löhne für die betreffenden Arbeitergruppen bezahlt worden.“

Die Lügen über eine einseitige militärische Ganimation der demonstrierenden Arbeitslosen, die die reaktionäre Presse so hysterischen Ausfällen gegen eine „rote Armee“ im Ruhrgebiet veranlaßt haben, sind so plump, da sie selbst der „Vorwärts“ nicht umhin kann, sich dagegen zu wenden. Was aber von der Alliance mit den Franzosen zu halten ist, darüber gibt unser Effener Organ die beste Auskunft. Das „Ruhr Echo“ schreibt:

„Übereinstimmende Erscheinungen über Arbeitslosenbedrohungen des Ruhrgebietes lassen eindeutig darauf schließen, daß unvulle Kräfte tätig sind, das Elend für ihre Zwecke zu mißbrauchen. Besonders trüb tritt es in Essen zu Tage. Unter die Arbeitslosen hatten sich französische Agenten gemischt. Auch die Sympathieerklärungen, die den versammelten Effener Arbeitslosen von derselben französischen Kommandantur überreicht wurden, die verantwortlich ist für die Niederschlagung der Krupparbeiter, die Verteilung von Flugblättern, die fast nach französischer Propaganda klingen, Anträge, Werbungen für Eintritt in französische Dienste sind Beweise einer plamäßigsten Aktion für die Arbeitslosen.“

Wenn man daneben die systematischen Provokationen der deutschen Faschisten beachtet, die in Mülheim in den offenen Fenstern des Rathauses lagern und die unten wartenden Arbeitslosen und Notstandsarbeiter verhöhnen und mit Wasser begossen, bis die Menge in hegeerlicher Erregung in das Rathaus drängt und so dem Selbstmordgedenkele den erwünschten Anlaß zum Durchbruch gab, dann ergibt sich ein ganz anderes Bild.

Die Alliance heißt dann: Französische Agenten und deutsche Provokateure und die Mülheimer Notstandsarbeiter sind die Opfer der vereinigten französischen Godspiegel und der deutschen Faschisten geworden.

Der tatsächliche Verlauf der Dinge ein Mülheim ist nach etwadutzigen Meldungen folgender:

Am Montag verhandelte eine Kommission der Notstandsarbeiter mit dem Magistrat und legte ihm folgende Forderung vor: 1. eine einmalige Zenerungszulage im Betrage von 100 000 für ledige und 150 000 für Beieirratete,

2. Beseitigung der Notfardarbeit und Einstellung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess;
3. Bezahlung der Regentage und Wegstunden;
4. Erhöhung des Lohnes auf den Tariflohn der übrigen Arbeiterschaft (der einfache Beweis gegen die läugerische Behauptung der „D.Z.“, daß die Notstandsarbeiter tarifmäßig entlohnt worden seien!);
5. Übernahme der Notstandsarbeiten in städtische Regie unter Ausschaltung des Privatunternehmens.

Bemerkt werden muß dazu, daß die Privatunternehmer 40 Prozent des Stundenlohnes der Notstandsarbeiter von der Stadt erhalten, obgleich die Notstandsarbeiter Handwerkszeug, Jacke, Schippe usw. sich selbst stellen müssen. Dem Unternehmertum werden also seitens der Stadt ungeheure Profite in den Taschen geworfen. Man wird kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß es sich hier um Gelder aus der „Ruhrhilfe“ handelt.

Die Verhandlungen über die einzelnen Punkte verliefen völlig ergebnislos. Lediglich zu Punkt 3 wurde eine eventuelle Regelung nach einer nochmaligen Aussprache, welche noch stattfinden sollte, zugesagt.

Gegen 9 Uhr versammelten sich die Arbeitslosen und Notstandsarbeiter auf dem Rathausmarkt. Ein Ausschuhmitglied hielt ein kurzes Referat und die Versammlung forderte Festhalten an den gestellten Forderungen. Es wurde eine Kommission gewählt, welche nochmals auf dem Rathause verhandeln sollte.

Das Rathaus war inzwischen durch die Kriminalpolizei besetzt worden, welche Verstärkungen aus Oberhausen herbeigezogen hatte und durch den fast durchweg aus faschistischen Elementen zusammengesetzten sogenannten Selbstschutz. Als die Verhandlungskommission sich auf das Rathaus begeben sollte, fand sie sämtliche Türen verschlossen.

Die Polizei und die Faschisten standen an den offenen Fenstern des ersten Stockwerks und beschönten die unten wartenden Arbeitslosen und Notstandsarbeiter.

Der Menge, die bis dahin völlig ruhig geblieben war, bemächtigte sich eine begreifliche große Erregung, zumal dem wiederholten Verlangen auf Öffnung des Einganges und Verlastung der Verhandlungskommission nicht stattgegeben wurde. Durch die Erregung über den frechen Hohn des Faschistengeindels ließen sich einige Arbeiter hinreißen, holten Haden herbei und zertrümmerten die Eingangstür. Fünf bis sechs Personen drangen in das Rathaus ein, wurden aber von den Insassen mit vorgehaltenen Revolvern im Schach gehalten, während andere mit Selbstslagern unbarmsbergig auf sie losschlugen.

Als die Schwerverletzten blutüberströmt aus dem Rathaus wieder herausströmten, wurde vom ersten Stockwerk aus weiter ein Wasserstrahl auf die Demonstranten gerichtet, deren Erregung zur Siedehitze stieg. Als einige aus der Menge daraufhin Steine zusammenrafften und auf die Provokateure hinter den Fenstern warfen, da eröffneten diese aus Karabinern und Revolvern ein wildes Feuer auf die dicht zusammengedrängte Menge.

Ein Laif, der durch Hinterausgänge das Rathaus verlassen hatte, fiel den massenlosen Arbeitern in den Rücken und schoß, stach und hieb gleichfalls wie wild auf dieselben ein.

Der Schmann der Notstandsarbeiter, der schwer verletzt ist, wurde von Mülheim verijehlept, wohin ist gänzlich unbekannt.

Als die Arbeiterklasse aus den Betrieben kam, zogen die Schiebbelben sich in das Rathaus zurück, um sich dort zu verschanzen. Der weitere Verlauf der Dinge ist bekannt. Die Tatsache, daß auf Seiten der Arbeiter bisher 8 Tote und mindestens 50 Verletzte gezählt worden sind, während die Faschisten nur 4 Leichtverwundete hatten, zeigt klar, wo die Angreifer und Mörder zu suchen sind.

Einwunder ist das Verhalten der sozialdemokratischen Presse, die ebenfalls die bürgerliche Presse unter Diefes verkommenen Vorwand, daß die Kommunisten in Mülheim die Arbeiterklasse in die Irre führten, erachteten, namentlich die Aktion im Ruhrgebiet. Wert erwähnt sie, daß bürgerlicher Selbstschutz die Organe, die doch nach Einvernehmens Verzicht auf längst aufgelöst ist, das Maß anrichtete. Ist ihr selbstverständlich, daß die sozialdemokratischen Organisationen weiter bestehen im Einvernehmen mit Behörden und Polizei und wehrlose Arbeiter terrorisieren und feige erwidern. Sie weiß, so folgt wie die Mülheimer Bourgeoisie es, daß in Mülheim keine proletarischen Kampforganisation bestehen — und trotzdem nimmt sie an diese Gelegenheiten wahr, den proletarischen Selbstschutz zu unterlegen. Gerade Vorgänge in Mülheim beweisen, wie normen der Arbeiterbewegung ist, damit die Arbeiter von vornherein alle Anschläge französischer deutscher Provokateure zunichte machen kann. Über die SPD weiß wohl, was sie tut. Wutbad unter den Mülheimer Arbeitern. Versuche, im ganzen Ruhrgebiet die Arbeiter ähnlichen Zusammenstößen zu treiben, das ist nur die Waise, hinter der die deutsche und französische Bourgeoisie die Verstärkung vorreitet. Und die SPD ist ja daran reichlich beteiligt, wie ihr Vorgehen im Reichstag zeigt.

Nicht die Arbeitslosen und Notstandsarbeiter Mülheims sind die Schuldigen, sondern die französischen Agenten, deutschen Faschisten und die sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Propagandawoche gegen Kriegsgefahr und Faschismus!

Die Reichsleiter Betriebsräte erfüllen Frankfurter Beschlüsse

Die vom Ortskartell des ADGB in Reichel einberufene Betriebsräteversammlung faßte folgenden Beschluß: „Die am 19. April tagende Vollversammlung der Betriebsräte Reichels nimmt von den Beschlüssen der Frankfurter Konferenz Kenntnis. Sie begrüßt aufs wärmste, daß sich dort deutsche und ausländische Arbeiter zur gemeinsamen Kampffront gegen die Ausbeutung und gegen den Faschismus zusammengeschlossen haben und an der Durchführung der gefassten Beschlüsse mit aller Energie arbeiten.“

Weiter hat die Amsterdamer Internationale auf den Ruf der rheinisch-westfälischen Betriebsräte nicht geantwortet, obwohl an die Entscheidung des Kampfes der Arbeiter der Ruhr die Arbeiter der ganzen Welt interessiert sind und daher in allen Ländern die einzigen Feind, die eigene Bourgeoisie, niederzuringen müssen, um als freie Menschen zu arbeiten.

Der Kampf der Kapitalisten aller Länder ein gemeinsamer und richtet sich gegen die Arbeiterklasse. Die deutschen Kapitalisten insbesondere versuchen sich an der Rhein-Ruhr-Schablos zu halten und zum Teil noch zu bereichern, während sie mit demselben Schwind die Löhne der Arbeiter drücken und alle Lohnerhöhungen ablehnen. Neben dem politischen Kampfe um den Sieg der Arbeiter müssen Arbeiter in Rheinland-Westfalen ihre berechtigten Wohnforderungen durchkämpfen, da von den Bucharern und Schiebern täglich ausgebeutet werden.

Gleichlaufend mit dem Kampf der Ruhrarbeiter gegen Imperialismus und Militarismus geht die Schaffung der Einheitsfront Sachsen. Dort hat die ideologische Klärung der Arbeiter die proletarische Front vom Bürgertum losgelöst, daher wird auch die linke gerichtete sozialdemokratische Regierung in Sachsen von der Reaktion aufs schärfste bekämpft.

Wir erwarten, daß die Gewerkschaften ganzen Reichs die Mobilisation der Realität beachten und sofort mit den Arbeiterpartei erhöhte Kampfbereitschaft proklamieren, um die Arbeiter Sachsen und ihrer Regierung helfen.

Zur richtigen Information über die Lage in Sachsen beschließen wir, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, wo ein Vertreter sächsischen Arbeiter sprechen muß. Wir bitten tragen den Ortsausschuß des ADGB, in die Wege zu leiten.“

Das internationale Aktionskomitee

gegen Kriegsgefahr und Faschismus

Vorsitzende Klara Zetkin-Berlin und Henry Barbusse-Paris veranstaltet in Schlesien

4 internationale Massen-Meetings

am Sonntag, den 29. April 1923, vormittags 9 Uhr, in Breslau, im Konzertgarten
Schießwerder, nachmittags 4 Uhr in Waldenburg auf dem Ring — am Montag, den
30. April 1923, nachmittags 5 Uhr, in Landeshut auf dem Marktplatz — am Dienstag,
den 1. Mai 1923, nachmittags 3 Uhr, in Langenbielau auf dem Marktplatz

Redner: Mercier-Paris, Smith-London, Erik Hedert-Berlin, ein Vertreter Sowjetrußland
Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte! Erscheint in Massen zu diesen Kundgebungen!

Bilde die Einheitsfront gegen Kriegsgefahr und Faschismus. J. A.: SPD, Bezirksleitung Schlesien

Breslau. Totales.
Wie die Milch verpackt und verpackt wird

Illustriert folgender Bericht, den wir der „Breslauer Zeitung“ entnehmen:
Das Breslauer Schöffengericht verurteilte die Stellenbesitzer Karl Krivale und Wilhelm Langner aus Fribel wegen wissenschaftlichen Vorgehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu je einem Monat Gefängnis. Es wurde ihnen eine dreißigstägige Verdünnungsfrist zugestanden, wenn jeder innerhalb eines Monats eine Geldbuße von einer halben Million Mark an die Gerichtskasse zahlt. Es war schon längere Zeit bemerkt worden, daß Skripale und Langner sehr schlechte Milch an die Molkebetriebe in Altschendorf lieferten. Als am 6. Juli bei beiden Milchproben entnommen wurden, stellten sich diese als stark verdünnt heraus; so daß sie einen viel zu geringen Fettgehalt aufwiesen. Beide Angeklagten bestritten vor Gericht, mit der Milch irgend etwas vorgenommen zu haben. Sie meinten, die dünne Milch würde durch eine schlechte Fütterung erzeugt. Diesem Märchen trat der Sachverständige entgegen. Er behauptete, daß die Fütterung keinerlei Einfluß auf den Fettgehalt der Milch habe. Das Gericht hielt hier eine Gefängnisstrafe am Platze, indem es auf das Verwehrlische solcher Milchfälschungen hinwies, die eine ganz erhebliche Schädigung unserer Volksgesundheit im Gefolge haben.

Dieses Urteil kennzeichnet in der einmaligen Charakter der Breslauer Klassenkämpfe, daß es einen Angehörigen der besitzenden Klasse, der der Volksgesundheit erheblich geschädigt hat, nur zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Unser Genosse Janus erhielt von den Breslauer Klassenrichtern wegen eines Artikels über die Zustände im Breslauer Untersuchungsgefängnis drei Monate Gefängnis diktiert. Die Ehre eines Direktors des Breslauer Untersuchungsgefängnisses ist also ein Objekt, das dreimal so stark geschützt wird wie die Gesundheit des Volkes.

Der Unterschied in beiden Fällen aber springt noch mehr in die Augen, wenn man bedenkt, daß der Genosse Janus seine dreimal so hohe Strafe abtun muß, obwohl er den Artikel nicht einmal vor Aufnahme gesehen hat, während der aus gemeiner Profitgier handelnde Stellenbesitzer eine Bewährungsfrist erhält und gegen Zahlung von 500 000 Papiermark drei Jahre unbehelligt bleibt. In den nächsten drei Jahren wird Herr Skripale vorsichtiger sein und sich sicherlich „bedehnen“.

Das Urteil zeigt zweierlei: 1. gegen Verfassung und Verpackung und gegen den Wucher mit Milch hilft kein Gericht, sondern nur Selbsthilfe des Proletariats. Vor allen Dingen: **Ordnung von Kontrollausstellungen.**

2. Die bürgerlichen Klassenrichter, die jetzt im Namen des Volkes Recht sprechen, verfälschen das Urteil des arbeitenden Volkes über die Wucherer und Lebensmittelhändler nicht minder als die Milchpacker die Milch. Beiden Parteien muß das Handwerk vom Proletariat gelegt werden.

Die Folgen des Gehirnzuges.
Schwinder und Pflücker
leiten künstliche Aborte ein.

Durch die bürgerliche Presse in Breslau geht folgende Notiz:

Ein falscher Frauenarzt. In den Jahren 1921 und 1922 wohnte auf der Blumenstraße ein ehemaliger Buchhalter, der sich als Arzt ausgab und großen Anspruch bei Frauen fand, die guter Hoffnung waren. Er trat ihnen gegenüber ganz mit dem Ansehen eines Arztes auf, der angeblich in einer Klinik wirkte, ja gar selbst eine Klinik zu besitzen vorgab. Er führte auch Buch über seine „ärztliche“ Tätigkeit, so daß die Kriminalpolizei, als sie eingriff, dort die Namen von 42 Frauen vorfand, die die Hilfe des „Arztes“ — so ließ er sich nennen — in Anspruch genommen haben. Er hat, wie sie alle bei ihrer Vernehmung bekundeten, den Eingriff bei ihnen mittels besonderer Instrumente und Mittel, die auch bei ihm vorgefunden worden sind, meist mit Erfolg vorgenommen. Er ist am Samstag festgenommen worden, nachdem er, das Unheil, das ihm drohte merkend, sich der Festnahme durch Wohnungswechsel zu entziehen versuchte. Nach seinem eigenen Geständnis hat er in 370 Fällen sogenannte „Hilfe“ geleistet. Die einzelnen Vorgänge schweben jetzt bei der Staatsanwaltschaft.

In 370 Fällen, es dürfte sich um mindestens mittelere Frauen handeln denn den Bourgeois-

frauen steht der Hausarzt zur Verfügung, hat der „Frauenarzt“ also eingegriffen. Daß dies nicht zum gesundheitlichen Nutzen jener Patientinnen geschehen seien kann ist trotz des „Erfolges“ selbstverständlich. Viele der Behandelten werden diese Art der „Operation“ mit jahrelangen Unterleibsleiden besähen, während sie ein Arzt ohne erhebliche Schädigungen der Gesundheit hätte vornehmen können.

Hier erweisen sich wieder einmal die Schandparagrafen, mit denen Mütter des arbeitenden Volkes gegen ihren Willen zum Gebären gezwungen werden sollen als die Helfer gemeinen Wuchers und Schwindlertums.

Gene 42 Frauen, deren Namen bei dem falschen Frauenarzt festgestellt wurden, werden wahrscheinlich noch die Belandtschaft mit der Klassenjustiz machen.

Die Frauen der böhrenden Klassen sind, wenn das „Malheur“ bezeugt ist, freilich von einer Indiskretion durch die ärztliche Schweigepflicht bewahrt!

Aber die Arbeiterfrauen werden Pflücker, die sie ruinieren in die Hände getrieben und kommen obendrein ins Zuchthaus. So will es das bürgerliche Recht!

Neue Stadtverordnetenvorlagen. Die Vorlagen betreffend Vereinfachung des Geschäftsbetriebes der Stadtverordnetenversammlung und der Verlegung des Magdalenenghymnasiums vom Magdalenenplatz nach der Michaelsstraße 78/80, sowie die Anfrage des Stadtv. Carl Wilhelm Wolf und Gen. betr. Gewährleistung der Sicherheit der Einwohnerchaft und des Eigentums sind Restvorlagen früherer Sitzungen. Dazu treten neu u. a. folgende Vorlagen:

Der Hofstadel in der Anstaltsstraße des Bürgerwobades soll wiederhergestellt werden, wogegen die Aufnahme von 900 000 Mark schwebenden Schulden erforderlich ist.

Die Frist der rentenberechtigten Dienstzeit städtischer Ehepartner soll in Verbindung der hierzu gefassten früheren Beschlüsse so festgelegt werden, daß Rentenerhebung eintritt, wenn das Mitglied a) am 31. Juli 1922 mindestens zehn Jahre im Stadttheater tätig gewesen ist, b) bis spätestens zum 31. Juli 1932 das 65. Lebensjahr vollendet oder bis zum 31. Juli 1925 im Sinne des Gemeindefeststufes vom 20. 2/8. 4. 1920 bauern arbeitsunfähig wird, außerdem in Fällen, in denen die Festsetzung des Lebensalters Härten ergibt, ebenfalls eine Rente gewährt wird, endlich für das den Bezügen zugrundeliegende Dienstalter als Anwartschaft in die Eintritt in den Stadtdienst, die Dienstzeit als Endtermin der Zeitpunkte des Ausscheidens aus dem städtischen Dienst, der 31. Juli 1922 angenommen wird, und, daß dieser letzte Termin auch für die Höhe der Bezüge maßgebend ist.

Die Verwaltungsordnung für die städtischen höheren Lehranstalten, die Einführung in den Schriftwechsel zwischen den Schulen und der Schulaufsichtsbehörde gestatt und der Stadt ermöglicht, sich über den inneren Betrieb der Schule durch Besuch der Lehrstunden und Teilnahme an den staatlichen Revisionen zu unterrichten, wird zur Annahme vorgelegt.

Endlich will die Stadt die Vorarbeiten für die Bildung einer Entwässerungsgenossenschaft der zwischen Weide und Ober liegenden Niederung, zu der die händlichen Güter Steine und Wüstendorf gehören, leisten und die Kosten in Höhe von 500 000 Mark zunächst in den Haushaltsplan 1923 der städtischen Kasse einstellen.

Radrennen in Grünitz. Uns wird geschrieben: Am Sonntag, den 29. April, nachmittags 3 Uhr bringt der Verein für Radrennen an seinem 2. Renntag u. a. den „Großen und Kleinen Preis von Ostdeutschland“ zum Austrag. Nach der bis jetzt bekanntgegebenen Befragung verpflichtet das Programm wieder ebenso interessante Rennen, als wie sie der erste diesjährige Renntag zeitigte. Zum Großen Preis von Ostdeutschland über 30 und 60 Kilometer ist der deutsche Meister von 1920 und 21, Karl Wittig mit seinem berühmten Schrittmacher Gedamke fest verpflichtet. Auch der alte Europameister Stellbrink wird hinter Meißner, der in diesem Jahre schon wiederholt zum Siege geführt hat, am Start erscheinen. Als völlig gleichwertiger Gegner ist dazu der humpathische und sehr beliebte Frankfurter Jean Weiss mit seinem Schrittmacher Schadebroth verpflichtet, und als vierter wird dem hiesigen, gut veranlagten neuen Dauersfahrer der A-Klasse, Schubert Gelegenheit gegeben, sein Können und seine Fortschritte zu zeigen.

Im „Kleinen Preis von Ostdeutschland“ über 30 Kilometer gibt die Vereinsleitung wieder den hiesigen B-Klassenfahrern Josef Meier, Karl Zenzig, Paul Pasternack und Artur Neumann Gelegenheit hinter ihren Schrittmachern Wels, Mogro, Säubert und Sekulla ihre Fortschritte der hiesigen Sportgemeinde vorzuführen. Einen Vorteil unter diesen Bieren hat Pasternack für sich, da er sich die meisterhafte und ruhige Führung von Säubert gesichert hat. In einem Haupt- und einem Vorlauf über 1200 und 2400 Meter werden sich die hiesigen Berufsfahrer bekämpfen und für die große Zahl der hiesigen Amateure bietet sich in einem Freier-Bereichs-Mannschaftrennen über 10 000 Meter Gelegenheit, ihre Kräfte zu messen. Wie man sieht, ist das Programm sehr geschickt und reichhaltig zusammengestellt und dürfte das letzte Rennen nach den bisherigen Meldungen 24 verschiedene Vereinsmannschaften am Start erscheinen. An Preisen sind für die Rennen fast 8 Millionen Mark ausgeteilt. So daß Gewähr dafür geboten ist, daß sich die Fahrer nicht nur um den Sieg, sondern auch um die Plätze heiß bekämpfen werden.

Arbeiter und ihre Wirkung. Ost. leider sehr oft, bemerkt man, daß kleine und auch größere Fische leblos und aufgeschwollen auf der Oberbauteil treiben. Die Wenigsten werden sich ein Bild über die Ursache und den Schaden machen können, denn diese Fische würden in zwei bis drei Jahren Lebensmittel sein. Zumeist handelt es sich um das nassensichere und verbrochene Treiben einiger Subjekte, die sich durch Streuen von Arbeiterblut, dem schädlichsten Gift für unversehrte Fische, möglichst milde und kostlos ihren Braten aus der Oberbauteil holen. Der Nachwuchs in den Gewässern, in dem ein derartiger Umstand sehr selten vorkommt, ist auf Jahre hinaus vernichtet. Große Fische, die mit dem Leben davon gekommen sind, sind für immer unfähig, fruchtbar zu werden. Unzählige Fische, die ein sehr begehrttes Nahrungsmittel bilden, werden auf diese Weise dem Volke entzogen. Rücksichtslos und ohne Erbarmen muß der Kampf gegen diese Vandale geführt werden. Es wird vieler oder jener Schöpfer beobachtet haben, daß meistens 2 oder 3 Personen beisammen sind. Das Giftfütter wird nicht vom Lande aus ins Wasser geworfen, sondern einer schwimmt mit demselben in den Strom, um es dann unauffällig fallen zu lassen; nachher kehrt er wieder zurück und fängt sich an. Dann gehen die 2 oder 3 Mann langsam stromab und legen sich am Ufer nieder, den Strom nicht aus den Augen lassend. Sobald die ersten Fische hochkommen, zieht sich einer oder zwei Mann aus und holen die Fische schwimmend aus dem Wasser. Wir bitten die Spaziergänger, die so etwas beobachten, dies sofort durch Anrufen des Kreiswasserführers oder der Schuppostel zu verhindern oder, wenn Angler in der Nähe sind, diese sofort zu verständigen, denn dadurch lassen sich diese Räuber am besten fassen.

Sägenst. Fr. Breslau. Kommunistische Beraternung. Hier fand anlässlich der kommenden Kreiswahl am 19. April unsere erste öffentliche Volksversammlung statt. Der Versammlungsbefugnis war in Anbetracht der bescheiden Verhältnisse als mittelmäßig zu bezeichnen. Anwesend waren ungefähr 60-80 Personen. Als Referent war Genosse Kesselmann, Arbeiter, erschienen. Einleitend zu seinem Referat zeichnete er den Anwesenden in treffenden Worten ein klares Bild vom Werdegang des Sozialismus. In seinen weiteren Ausführungen ging Genosse Kesselmann in schärfer, aber äußerst sachlicher Weise mit den sozialdemokratischen Führern ins Gericht. Er zeigte an Hand der Tatsachen und Beweise, daß sie keine Politik im Interesse der arbeitenden Klasse treiben, sondern daß ihr ganzes Bestreben sich darauf richtet, die zusammenbrechende kapitalistische Gesellschaft wieder aufzubauen auf Kosten der arbeitenden Klasse. Mit regem Interesse folgten die Anwesenden den Ausführungen unseres Genossen. Insbesondere den anwesenden Proletarierfrauen verstand er so recht vom Herzen zu reden. Eingang seiner Ausführungen wies Genosse Kesselmann darauf hin, daß man Jesus Christus nur deshalb gekreuzigt habe, weil er ein Freund der Unterdrückten und Feind der Unterdrücker gewesen ist, daß man ihn gewissermaßen als ersten Kommunisten oder Sozialisten ansprechen kann, denn auch er habe versucht, diese ungerechte Gesellschaftsordnung zu beseitigen, indem er glaubte, vermittelst seiner Redebekund die damaligen Reichen davon überzeugen zu können, daß ihr Tun nicht sei. Auf diese Art gelang es unserm Genossen in meisterhafter Weise, den anwesenden Proletarierfrauen klar zu machen, daß ihre religiösen Götterbilder von Seiten der Pfaffen und Kirche in arger Weise mißbraucht werden und dazu dienen, sie weiter in Not und Knechtschaft zu erhalten. Beschriebene Elemente, welche aus Mangel an sachlichen Argumenten gegenüber den Ausführungen des Genossen Kesselmann bestrebt waren, schlagende Argumente in Anwendung zu bringen, wurden durch das energische Auftreten des Versammlungsleiters, des Genossen Wiesner und durch den Widerstand der großen Versammlungsmehrheit in den Schranken gehalten. In der Diskussion sprachen dann auch zwei dieser nachweislich in der SPD organisierten Genossen. Sie hielten es für nötig, den Sozialismus im allgemeinen und den Kommunismus im besonderen, in den Not zu zerren. Sie erklärten sich zu nichts mehr mißbrauchen zu lassen, da sie doch nur von den Führern belogen und betrogen worden sind. Gleichzeitig fühlten diese selbsthätigen Genossen sich darüber beleidigt und aufgebracht, daß Genosse Kesselmann die Politik dieser Arbeiterführer einer sachlichen Kritik unterzogen hatte. Was von den betreffenden Nachgenossen noch zu Tage gefördert wurde, war Kraut und Rüben, aus dem kein Mensch nicht klug werden konnte. Gegenübergestellt sei nur noch die behauptete Passivität dieser Genossen in der politischen Bewegung und diese ihre allerdings etwas traurige Aktivität in dieser Versammlung. In den Augen ihrer denkenden Parteigenossen haben diese Handball Madamacher sich selbst gerichtet. In seinem Schlusswort ging Genosse Kesselmann ausführlich auf die Ausführungen der Diskussionsteilnehmer ein und zeigte den Anwesenden in klarer, verständlicher Weise, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. In ihrer Ohnmacht versuchten nun die Betreffenden noch zu retten, was zu retten war, indem sie eine persönliche Attacke gegen unseren Genossen ritten und zum Gelächter der Versammelten sich auch hier eine gründliche Abfuhr holten. Mit einem Appell des Genossen Kesselmann an die Versammelten, ihren Führern in Zukunft mehr auf die Finger, als auf's Maul zu setzen und auch an der kommenden Kreiswahl ihre Pflicht zu tun, indem sie jene Vertreter der Arbeiterklasse in den Kreiswahl wählen, die selbst die schmale Basis dieses Kreiswahlparlamentes ausbilden, um den Klassenkampf zu führen gegen das Kapital, schloß er die interessante Versammlung. Eine Zellerammlung erbrachte den Betrag von 900 Mark. R. Z.

Offiziell bei Breslau. Ueber die politische Lage und die Kreiswahl am 19. d. März sprach hier am Donnerstag den 19. d. März in einer öffentlichen Volksversammlung der

Genosse Dombrowski-Breslau. Der Referent schilderte eingehend die außerordentliche Lage Frankreichs, Englands und Amerikas, ging auf die Ursachen der Ruhrbewegung ein, betonte die Bedeutung des französischen Imperialisismus und der deutschen Kapitalisten und zeigte die aufsteigende faschistische Gefahr. Er propagierte die Einheitsfront des Proletariats und den Beschluß zur Abwehr des Faschismus. Die Regierung muss schließlich durch eine Arbeiterregierung ersetzt werden, welche die Erfassung der Sachwerte und den Kampf gegen den Faschismus durchführt. Bedenkt man noch auf die neuesten Daten der Nationalsozialisten in Bayern hin. In München tänze Hitler und Regierung nach Hitlers Willen. Bayern sei nicht nur der Herd der Ruhrbewegung, sondern gebe auch immer mehr den Ausschlag für die innere und auswärtige Politik der Reichsregierung. Der Kampf um die Arbeiterregierung ist eine Lebensfrage des Proletariats. Trotzdem ist die SPD, im Breiten immer noch mit der Volkspartei in Koalition und Herr Reichstag erklärte im Reichstag vor einigen Tagen, daß die Voraussetzungen für eine Arbeiterregierung in Deutschland noch nicht vorhanden seien. Die SPD stehe auf dem Standpunkt, daß man der Regierung Guno die Verantwortung für die weitere Entwicklung — wie sie durch die Ruhrbewegung geschaffen worden — überlassen müsse. Dieser Standpunkt verleiht die Volkspartei der Arbeiterkraft und bedeutet ihre Ausschaltung als aktive Kraft. Die SPD, Arbeiter müssen mit den Kommunisten die Arbeiterregierung kämpfen. Gegenüber den großen politischen Problemen treten die Kreiswahlwahlen in den Hintergrund. Sie seien aber wichtig genug, daß alle Arbeiter ihre Beteiligung spenden müssen, denn das Bürgerrecht versucht, auf gesetzlichem Wege (Parlament, Gemeinde), als auch auf ungesetzlichem Wege (faschistische Organisationen), seine Macht zu stärken. In Breslau haben sie eine Einheitsfront von den Demokraten bis Deutschnationalen gebildet, um eine bürgerliche Mehrheit zu schaffen.

Referat appelliert an alle Anwesenden dafür zu sorgen, daß die Reaktion am 22. April eine entscheidende Niederlage erhalte. Gegner meldeten sich nicht zu Wort. Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wurde die Versammlung geschlossen. Eine Zellerammlung für den Kampfband ergab 1200 Mark.

Schulisch. Öffentliche Versammlung der SPD. Am Samstag, den 21. fand hier eine öffentliche Versammlung der SPD, statt. Anstelle des verhinderten Genossen Jannas sprach Genosse Dombrowski, Breslau über die politische Lage und die Kreiswahlwahlen. In der 1 1/2 stündigen, mit großem Beifall aufgenommenen Referat schloß sich trotz wiederholter Aufforderung keine Anrede an. Zahlreich anwesende Gegner, auch SPD-Leute, die sonst immer über die Kommunisten herziehen, wählten den klügeren Teil der Zuhörer. Die gut verlaufene und für die Partei erfolgreiche Versammlung konnte doch her schon 10 Uhr abends geschlossen werden. Anwesend waren etwa 50 Personen, darunter eiliche Arbeiterinnen. Eine am Schluß der Versammlung zu Gunsten des Kampfbandes vorgenommene Zellerammlung ergab 2300 M.

Badenburg. Berufs- und Schulschule für Mädchen. Der Magistrat macht folgendes bekannt: Aufwendend ist ein großer Teil der Offiziere d. 3. Berufsschulpflichtig gewordenen Mädchen zum Schulbesuch nicht angemeldet worden. Wir fordern deshalb zur Vermeidung der Bestrafung alle hiesigen Arbeitgeber und Gewerbetreibende sehr ernstlich auf: jede von ihnen beschäftigte Schulpflichtige spätestens bis zum 30. 4. d. J. bei der Frau Direktorin der städt. Gewerbe- und Handelsschule hier schriftlich anzumelden. Berufsschulpflichtig sind sämtliche in gewerblichen oder kaufmännischen Betrieben des Stadtbezirks beschäftigten unversehrten Mädchen (Fabrikarbeiterinnen, Handwerkerlehrlinge, ungelernete Arbeiterinnen, Kaufmädchen, Berufsführerinnen und Kontoristinnen, auch wenn letztere nebenbei hauswirtschaftlich beschäftigt werden), welche am 1. 4. 23 das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Dienstmädchen und Hausmädchen sind nicht schulpflichtig. (Recht bezeugend: D. Red.) Der Anmeldebefehl haben auch die hier wohnenden, auswärts beschäftigten Mädchen sofort nachzukommen, falls sie nicht etwa am Beschäftigungsort eine Berufsschule besuchen.

Wahlung! Gottesberg, oberes Recht. Am Freitag, den 27. 4. 23 findet im Schützenhaus zu Gottesberg eine öffentliche Volksversammlung statt. Genosse Oelner-Breslau spricht über das Ende des Ruhrkrieges und die Folgen für die Arbeiter. Arbeiter-Genossen! Angehts der sich abzeichnenden wirtschaftlichen und politischen Lage muß für Massenbeschäftigung Sorge getragen werden. Alle Arbeiterinnen, Arbeiter, Genossen des oberen Reiches, jagt die Massenbeschäftigung.

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Vorgänge in Mülheim-KaRu lenken die Aufmerksamkeit der Arbeiter erneut auf eine Frage, die nicht ernst genug, vor allem auch von den noch in Arbeit stehenden Proletariern behandelt werden kann.

In Mülheim demonstrieren Arbeitslose und Notstandsarbeiter vor dem Rathaus, um die ungeheuerlichen Mißstände ihrer Arbeits- und Entlohnungsverhältnisse durch Verhandlungen zu ändern. Die Notstandsarbeiter verlangen Entlohnung nach dem vollen Tariflohn und die Arbeitslosen Erhöhung ihrer Unterstützung oder Erziehung in den Produktionsbetrieben. Die von den Demonstranten gewählte Kommission wurde in dem, von sozialistischer Einwohnerversammlung verabschiedeten Rathaus nicht vorgelassen, im Gegenteil, in der brutalsten Weise protokolliert und mit Gummirollen und Revolver angegriffen. Erst durch diese Provokation ließen sich die Demonstranten zu den Bergweilungsaktionen hinleiten.

Wir haben schon wiederholt Meldungen gebracht, nach denen die politischen Elemente sich Zugang in die Reihen der Arbeitslosen verschaffen, um als Agent provocateurs die Arbeitslosenbewegung in Mißverhalt zu bringen. Es steht fest, daß die Nationalisten dieses Manöver unternommen, um so ungeführter ihre konträrevolutionären Pläne vorzubereiten und durchzuführen. So kommt aus Chemnitz die Meldung, daß die bairischen Nationalisten 60 ihrer aktivsten Leute nach Sachsen kommandiert haben, die die offizielle Aufgabe haben, durch geschicktes provokatorisches Auftreten Skandale und blutige Zusammenstöße herbeizuführen. In Dresden und Leipzig bedienen sich die Nationalisten ebenfalls besonders anständiger Elemente, um die Erwerbslosen aufzuklären.

Wesentlich ist, daß die sozialdemokratische Presse in ihren Berichten über die Vorgänge in Mülheim und Offen in keiner Weise abweist von der Berichtserstattung der von der Arbeiter-KaRu-Verbreiterstelle bestrittenen bürgerlichen Zeitungen.

Die Arbeitslosen, denen Heer von Tag zu Tag größer wird, deren Not durch die Preissteigerungen der letzten Tage unverträglich ist, werden diesen Weg erst finden, wenn die Einheitsfront der Arbeitenden mit den Arbeitslosen hergestellt ist. Gerade die Kommunisten, die nach den schamlosen bürgerlichen und sozialdemokratischen Pressezeugnissen „an der Spitze der Arbeitslosen ihre Parteifläge hochschwenken“, sind es, die diese Einheitsfront, die über die Betriebsräte durch die Gewerkschaften herbeigeführt werden muß, immer wieder in den Vordergrund schieben. So schauert die Selbständige, von den im Betrieb stehenden Kollegen inageloste Arbeitslosenbewegung beizutreten, verlangen wir doch, daß die Gewerkschaften ihre Pflicht tun, und alle Arbeitslosen, also auch die Richtungsirrer, zusammenfassen, und ihre Interessen vertreten. Wenn wir von jedem im Betrieb stehenden Kollegen verlangen, daß er sich organisiert, so ist dies nicht immer möglich bei den ausgehungerten Arbeitslosen. Wir sind überzeugt, würde die Gewerkschaftsbürokratie von ihrer „erhabenen“ Einstellung in dieser Frage etwas abgehen, so würden viele der „Unorganisierten“ wieder für die Organisationskassen gewonnen werden.

Aber die Arbeitslosen, von denen nur etwa der vierte Teil eine tägliche Unterstützung erhält, die zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig nicht für ein Warten anstreben, sind Menschen, die von hilflosen Schwärmern nicht laß werden, denen sofort geholfen werden muß.

Das besonders schlimm sind die Verhältnisse in Niederschlesien, besonders in der Breslauer Gegend, wo nur 20-30 Stunden in der Woche gearbeitet wird und die Unterstützung die Hungerarbeit und die Arbeitslosigkeit ausfüllen, um die Löhne zu drücken.

Besonders liegen die Verhältnisse im Sauerländer Gebiet und anderen Teilen Schlesiens. Die Regierung muß durch den härtesten Kampf aller Arbeiter, die in den Arbeitslosen ihr eigenes Schicksal erleben, gewonnen werden, allen Arbeitslosen eine Unterstützung zu geben, die zum Leben reicht. Kann dies die Regierung tun, die Milliarden in den Taschen „wollender“ Kapitalisten verliert, nicht, dann hindert sie ihr. Auch hier ist der Ausgangspunkt eine wirkliche Verbesserung der Lage aller Arbeiter, der Kampf um die Reichs-erweiterung, um die Erhöhung der Sachwerte um die Anzahl der Arbeiter, um die Entzerrung aller Betriebe, die einen „Berlinerwert“ ihres „Arbeiter“ auf die Straße werfen.

Nur so kann verhindert werden, daß die hungernden Arbeitslosen von den Revolvern und Dummschneidern der Faschisten gesteuert, von den sozialdemokratischen Führern gezwungen in den Not gezogen werden.

Arbeitsamt und Arbeitsvermittlung.

Die ausübliche Arbeitslosigkeit in den Metallgewerben macht sich ein Teil der in der Damentonfektion beschäftigten Meister nunbar. In dem weit unter den bestehenden Tariflöhnen arbeiten lassen wollen. So hat das städt. Arbeitsamt bei einer Damentonfektionsmeisterin Bod. Ophstr. 6. Arbeit vermittelt. Diese Meisterin erdreißt sich einer vom Arbeitsamt 1.600 Mk. Monatslohn für einen Monat 1500 Mk. Arbeitslohn anzubieten, was wegen der allerschlechtesten Tarifverträge bestehen und sollte es nicht wissen, dürften Entlohnungen am Plage sein. In keinem Falle dürfen aber Stellen vermittelt werden, wo nicht einmal Tariflöhne bezahlt werden. Das ist ja geradezu allen Beträgeren für und für gebührend.

An alle Bauarbeiter.

Unter dem Druck der Offensive des Kapitals haben die deutschen Bauarbeiter eine Position als Unternehmern bereitet einen neuen Verschlechterung des Reallohnes hingenommen. Die Regenstunden werden nicht mehr bezahlt, Alford- und Arbeiterstundenarbeiten sind keine seltene Erscheinung.

Alle Kollegen, die diese Tatsachen schon voraussehen und aufgefordert haben, umfangreiche Sicherungsmaßnahmen zu treffen, wurden aus den Gewerkschaften ausgeschlossen, so auch der Verein Chemnitz.

Obwohl die Gewerkschaftsbürokratie durch Verleumdung und Verdrehung der Tatsachen durch bürgerliche Gerichte und Behörden die Ausschließungen befestigen, obwohl die Gewerkschaftsbürokratie die Unternehmer unterstützt, um auch in Chemnitz die Verschlechterungen des Reallohnes durchzuführen, haben die Ausschließungen alle Angriffe der Unternehmer abgewehrt und in bezug auf Ferienregelung, Lohnfortzahlung u. a. m. Verbesserungen erkämpft.

Das Unternehmertum bereitet einen neuen Schlag gegen die deutschen Bauarbeiter vor. Der Achtstundentag soll beseitigt, die Löhne sollen noch mehr flüssigiert und im allgemeinen gesenkt werden, damit der Einführung der Alford- bzw. Prämienarbeit nichts mehr im Wege steht. Damit die Unternehmer diese für die deutschen Bauarbeiter so gefährlichen Absichten durchführen können, wollen sie die Vorhut der deutschen Bauarbeiterschaft beistimmen.

Wenn die Chemnitzer niedrigerungen sind, können die Unternehmer zum Angriff gegen die gesamte Bauarbeiterschaft übergehen.

Die Chemnitzer Bauarbeiter haben in Erkenntnis dieser Lage die Herausforderung der Unternehmer angenommen. Auf den Seiten der Regierung und Unternehmer nach Wohnbau sowie Abbau aller sozialen Errungenschaften haben die Chemnitzer Bauarbeiter mit Stilllegung der wichtigsten Bauten geantwortet.

In der Erwartung, daß die Gewerkschaftsbürokratie wieder wie im Vorjahre zu Gunsten der Kapitalisten operieren wird, haben die Unternehmer für den Industriebezirk Chemnitz die Aussperrung aller Bauarbeiter verfügt. Gleichzeitig haben sie zu ihrem Schutze die Entlohnung von Reichswehr nach Chemnitz angefordert. Durch Hunger und die Bajonette der Reichswehr soll die Vorhut der deutschen Bauarbeiter vernichtet werden.

Die Chemnitzer Bauarbeiter sind bereit, mit allen Mitteln ihre Stellung zu verteidigen und auszubauen. Sie hoffen dabei auf die tatkräftige Unterstützung der deutschen Bauarbeiterschaft.

Kollegen Bauarbeiter! Duldet nicht, daß die Verbändebürokratie wieder, wie im Vorjahre, den Kämpfenden in den Rücken fällt. Sammelt auf allen Baustellen für den Kampf gegen die Vorhut! Die Ausschließungen haben beschloffen, pro Woche und Mitglied 5000 Mk. Entlohnung für die Kämpfenden zu erheben. Wenn jeder Bauarbeiter einen Stundenlohn erhält, werden die kampfenden Kollegen imstande sein, trotz Hunger, trotz Reichswehr, trotz Hitze und Verleumdung des Verbandsvorstandes auch diesen Angriff der Unternehmer abzuwehren.

Kollegen! Lebt Solidarität!

Der Kampf der Chemnitzer Kollegen ist euer Kampf!

Drei Wochen bereits stehen die Chemnitzer Kollegen im Kampf. Darum geht schnell! Wer schnell geht, geht doppelt!

Alle Arbeiter sind der Forderung unter folgender Adresse einzuschließen: „Verband der Ausschließten Bauarbeiter Deutschlands“, Chemnitz, Postfach 100, Leipzig, Konto Nr. 24749.

Es lebe der Klassenkampf!

Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands.

Betriebsrat Chemnitz, Hauptstr. 2
3. A. J. Hans Richter.

Reichsrat der oppositionellen Bauarbeiter Deutschlands, 3. A. Otto Bachmann.

Wachende Arbeitslosigkeit — Schuld der Unternehmer.

Bericht über die Arbeitslosigkeit vom 12. April in Chemnitz.

Kollege Meise gab unter Geschäftlichen bekannt, daß die Beiträge auf 80 Mark erhöht werden müssen. Ferner wollten die hierigen Väter den Preis für die Arbeiter erhöhen, was aber abgelehnt worden ist. Die Erhöhung der Stundenlöhne für den Reichswehr soll durch Entlohnung von je 500 Mark garantiert werden. Das ist nur nach dem Tode des Reiches möglich zu realisieren. Es werden die Arbeiter davon gebeten, welche von den einzelnen Gewerkschaften bisher eingegangen sind. Im ganzen sind über 2 1/2 Millionen Mark

gezeichnet worden. Dieser den Punkt Meise wurde lebhaft diskutiert. Kollege Schütz stellt den Antrag, den 1. Mai durch allgemeine Arbeitseinstellung zu feiern und nicht erst zu warten, was schließlich der VOB, beschloß. Der Antrag wird gegen eine Stimme angenommen. Die VOB, wollte den Reichstagspräsidenten Adenauer als Redner, welcher über wahlrechtlich verhindert sein dürfte. Um 9 Uhr wird am Volkshaus zur Demonstration nach dem Schützenplatz angetreten. Darauf erfolgen die Ansprachen der Redner. Die Arbeiter-Gesangvereine haben mitzumischen. Tanz und anderer Klänge fällt fort. Abends wird im Stadttheater ein revolutionäres Schauspiel unter Mitwirkung der Jugend vorangetragen. Der Punkt Gewerkschaftliches ist eine ungeheure Erregung aus. Es wird fast in allen Parteien verurteilt gearbeitet. Wochelang ist man die Arbeit ausgesetzt. In der Condoria Textilfabrik werden fortgesetzt Leute auf die Straße geworfen. Die Arbeitszeit beträgt 30 Stunden pro Woche. In der Hammer Wäschefabrik sogar nur 20 Stunden. Die Glasindustrie welche hier in voller Blüte stand, hat aber diesen gelitten, die Arbeiter sind hinfällig gemacht. Weitere Stilllegungen sind in Aussicht genommen, wenn nicht mehr und billiger gearbeitet wird, wie es die profitgierigen Unternehmer wünschen.

Genosse Jock als Vorsitzender der Glasarbeiter schilderte wie die Kollegen schon jetzt zum Hungern verdammt sind. Die Glasarbeiter lehnen jede Arbeitszeitverlängerung und billiger Arbeit ab. Sie hungern heute und werden lieber weiter hungern und wenn es sein muß die Arbeit verweigern. Gerade jene Glasindustrieellen kaufen Autos, lassen sich Villen bauen, erweitern ihren Besitz von Tag zu Tag und treiben einen ungeheuren Luxus. Weiter hat die Ziegel- und Ton-Industrie 100-150 Mt. Lohnrücklagen pro Stunde vorgenommen. Es wird auch hier verurteilt gearbeitet. Die Holzindustrie liegt blickt daneben, jetzt haben sie noch 24 Stunden gearbeitet, sämtliche Lege Leute sind entlassen. So geht es überall. Die Arbeitslosigkeit herrscht wie nie zuvor. Es wurde beschlossen nochmals an die Stadt und besonders an die Regierung und VOB, zu appellieren Abhilfe zu schaffen andernfalls die Massen zur Selbsthilfe gezwungen sind. Viel größer wäre das Geld, wenn sich die Stadt nicht zu großzügigen Notstandsarbeiten entschließen hätte, aber es reicht bei weitem nicht aus und Kurzarbeiter kommen schon lange nicht in Betracht. Es wird vorgeschlagen diese besonders froh gewordenen Unternehmer und Betriebsleiter wieder einmal herauszugeben und ihnen zu zeigen, daß wir nicht nur dazu da sind zu arbeiten, wenn diese Gesellschaft Hochkonjunktur hat und Milliarden aus unseren Taschen saugt, sondern wir verlangen auch Arbeit wenn die Herren keine Milliardengewinne erzielen. Viele sind heute schon gezwungen ihr Weniges, was sie an Möbeln und Kleidung haben zu verkaufen. Noch können es jene Ausbeuter ändern, tun sie es nicht wir gehen nicht ab vom 8. Stundentag. Wir fordern einen der Zerlegung entsprechenden Lohn. Wird uns dies verweigert, wir sind bereit!

Von den Glasarbeitern wurde ein Antrag gestellt, nicht die Vorstände der Gewerkschaften sollen den Ortsausschuß bilden, sondern von den Mitgliedern gewählte Delegierte. Der Antrag wird abgelehnt weil dieser Antrag an den Gewerkschaftskongress gerichtet werden muß, der die bisherige Zusammensetzung der Ortsausschüsse beschloffen hat.

Das Elend der Arbeitslosen in Neumarkt.

Wachst von Tag zu Tag. Die städtischen Behörden, deren Pflicht es ist für die Arbeitslosen zu sorgen, verlangen vollkommen. Den Bedingten wird vielfach die Unterstützung mit der Motivierung verweigert. Sie müssten aufs Land arbeiten gehen. Als ein Arbeitsloser aber die Herren im Arbeitsnachweis aufforderte ihn doch die angebotene Landarbeit nachzuweisen, gerieten dieselben in ange Berlegenheit.

Einem arbeitslosen Buchdrucker, der schwachlich und krankhaft ist, wurde zugemutet Steine kloppen zu gehen.

Für die Ausgesteuerten geschieht nichts. Sie erhalten nicht einmal verbilligte Lebensmittel. Schamlos benehmen sich auch die VOB-Stadtverordneten. Als einer von ihnen aufgefordert wurde für Unterstützung der Arbeitslosen einzutreten, erklärte der laubere Arbeitervertreter würdevoll, daß er Rücksicht auf das Stadtbild nehmen müsse. Die Hauptfrage ist den Herren „Arbeitervertreter“ das Stadtbild. Mögen die Arbeitslosen verenden oder sterben, wenn nur das Stadtbild und die Besitzenden geköhnt werden.

In anderen Orten erhalten die Ausgesteuerten durch Grundbesitzer bei den Regierungspräsidenten die Erwerbslosenunterstützung verlängert und bekommen verbilligte Lebensmittel geliefert. In Neumarkt läßt man die Erwerbslosen verhungern. Es ist höchste Zeit, daß für die Erwerbslosen in Neumarkt das Gewerkschaftsamt eintritt. Die Schuld der unglücklich verelendeten Erwerbslosen ist erschöpft.

Die Arbeitslosen in Siegen und die Gewerkschaftsführer.

Am 10. April fand in Siegen ein Treffen an eine Demonstration der Erwerbslosen eine Demonstration statt. Als in der Ansprache ein Hinweis auf den Gewerkschaftsamt gemacht wurde, wurde ihm trotz Protest der Erwerbslosen von dem Gewerkschaftsamt ein Brief mit einer Entschuldigung gegen die Kommunisten ein und habe auch unsere Gewerkschaften, Breslau, an. Bei der Worterhebung lief er sich darauf, daß das Gewerkschaftsamt es nicht der sei organisierten Arbeiter ist und nur solche zu sprechen haben. Mehrwortsweise gibt aber das Gewerkschaftsamt den Schreien und Hülfsruf der Arbeiter den Göttern und Hülfsruf der Arbeiter den Göttern. Die Arbeiter sind in der Lage der Verarmung. Nur denjenigen Arbeitern, die Kritik an der Politik der freien Gewerkschaften üben, verweigert man den Sozialistischen Parteien nicht sich würdig dem Treiben der Breslauer Gewerkschaftsführer an, die das Gewerkschaftsamt ebenfalls den Arbeitslosen verweigern und es den Christlichen Volksvereinigungen zur Verfügung stellt.

Die Zustände im Sanitätswesen auf der Gosnighrube.

Ein Arbeiter schreibt uns: Die hier die Bergleute behandelt werden, ist unvorstellbar. Ich war vorige Woche durch einen Unfall in der Hand verletzt und wie ich über Tage in das Verbandszimmer kam, mußte ich feststellen, daß dort sage und schreibe 4 Stühle zum gedruckten gewaschenen Binden und etwas Wasser, sonst nichts zu finden war. Als ich versuchte, war mit einer kleinen Wunde durchgeschlagen und in diesem Augenblick kam unser Herr Fahrsteiger George und sagte mir, daß ich durch den schwarzen Taschentuch Bluterguss bekommen könnte und daß jeder Bergmann ein Verbandspäckchen bei sich haben muß, wie z. B. beim Militär. Ich frage den Herrn Fahrsteiger, soll sich jeder Arbeiter der Gosnighrube von seinem Hungerlohn noch Verbandsgeld kaufen oder ist es Pflicht der Herren von der Verwaltung, sich darum zu kümmern, daß jeder Verunglückte das bekommt, was ihm gebührt. Wie ich nun zum Verbandszimmer kam und verlangte, daß mir die Hand von neuem verbunden wird, weil ich mir dieselbe bei der Arbeit schmutzig gemacht habe, sagte mir derselbe kurz, ich soll einen Bettel von Herrn Obersteiger bringen und übrigens ist es verboten, jede kleine Verunglückung zu veröffentlichen. Ich frage die Verwaltung: werden Verunglückungen überhaupt nicht behandelt auf der Grube? Nach der neuen Verordnung der Generalverwaltung steht ausdrücklich fest, daß im Verbandszimmer nicht mehr vorhanden ist, als 4-5 Binden, etwas Watte, Krogol und in dringenden Fällen Hoffmannstropfen. Hat die Verwaltung schon die Hunderte von Toten und Verunglückten bei den letzten Grubenkatastrophen in Oberschlesien vergessen? Soll auf unserer Grube jeder Verunglückte verbluten, bis er nach drei oder vier Stunden ins Lazarett geschafft wird? Arbeiter der Gosnighrube, wo bleiben eure Betriebsräte, die berufen sind, auch euer Leben und eure Gesundheit zu schützen?

Erfolge kommunistischer Betriebsarbeit.

Trotzdem bisher nur Teilergebnisse über die Betriebsräte vorliegen, zeigen sie bereits ein mächtiges Anwachsen des kommunistischen Einflusses in den Betrieben. Die Amsterdamer haben überall schwere Niederlagen erlitten. Alles Schreien von der Bedeutungslosigkeit der Kommunisten soll in Wirklichkeit nur den eigenen Kräfteschwund verbergen, der bei den Betriebsrätearbeiten sehr deutlich zum Ausdruck kam.

Wir bringen aus der Fülle des Materials heute nur ein Beispiel, das den starken Niedergang der GVD in den Chemnitzer Betrieben zeigt. In den Arbeiteräten von 147 Berichten der Betriebe sind vertreten: 416 GVD, 287 VOB, 94 Parteilos, 791 Zusammen. Aus 101 Betrieben wurde auch das vorjährige Verhältnis mitgeteilt. Danach ergibt sich folgendes Verhältnis: 270 GVD, 337 VOB, 60 Parteilos, 650 Zusammen.

Es zeigt sich immer wieder, daß dort, wo die Arbeiter das Wirken ihrer Funktionäre, wie im Betriebe, unmittelbar beobachten können und nicht so unter dem Druck des bürokratischen Gewerkschaftsapparates stehen, sie sich sehr rasch von den Reformisten loslagern und ihre Sympathie den Kommunisten zuwenden.

Unsere kommunistischen Betriebsräte müssen durch ihre unermüdete Arbeit für die Interessen ihrer Delegierten das ihnen entgegengebrachte Vertrauen der Arbeiter stärken und die Massen immer enger mit dem politischen Kampf der kommunistischen Partei verknüpfen.

Sympathieerklärung.

Die Union der Hand- und Kopparbeiter sagt in einer Erklärung an die ausgemieteten Eisenbahner:

Der französische Militarismus geht mit einer Brutalität gegen die deutschen Arbeiter vor, wie es einzig dasteht in der modernen Geschichte. Als ersten Akt unserer Solidarität sprechen wir den ausgemieteten Eisenbahnern unsere vollste Sympathie aus und die Union der Hand- und Kopparbeiter, welche im Ruhrgebiet weit über 100 000 Berg- und Hüttenarbeiter in sich vereint, erklärt den ausgemieteten Eisenbahnern, daß sie bereit ist, mit allen Mitteln gegen die barbarischen Tendenzen des französischen Militarismus anzukämpfen. Gleichzeitig wenden wir uns hierdurch an alle Arbeiterorganisationen der Welt mit dem Ersuchen, daß sie nach ihren Kräften dahin wirken, daß die unerhörten Maßnahmen der Eisenbahner durch die französischen Imperialisten aufgehoben werden.

Aus der Arbeiterbewegung des Fernen Ostens.

Die starke industrielle Entwicklung in China schafft auch eine starke Gewerkschaftsbewegung. Sie zählt bereits 55 000 Mitglieder; das ist ein sehr gutes Verhältnis, da es in ganz China nur 85 000 Eisenbahner gibt.

China hat jetzt starke Zentren der Gewerkschaftsbewegung. In Hankow bestehen 25 Verbände mit 40 000 Mitgliedern, die nach dem Industriestopp aufgebaut sind. Die Rettung der Verbände von Hankow liegt in den Händen der Kommunisten.

In Hu-Nan bestehen 14 Organisationen mit 32 000 Mitgliedern, darunter befinden sich 18 000 Bergarbeiter.

In Shanghai sind 32 000 Arbeiter organisiert, darunter 18 000 Textil- und Tabakarbeiter. Hier sind die Organisationen noch nach dem engen Berufsprinzip aufgebaut.

Am 1. Februar 1923 fand in Peking eine Konferenz der Eisenbahner der Peking-Hankow-Bahn statt, an der 80 Vertreter dieser Bahn und 40 Vertreter anderer Organisationen teilnahmen. Auf dieser Konferenz wurde auch der Eisenbahnerstreik beschlossen, der bekanntlich von der Regierung gänzlich niederge schlagen worden ist. Mit den Mitteln der beschnittenen Macht, durch Organisierung von Streikbrecherbanden und die Herausgabe von Antistreik Dekretur ist es der Regierung diesmal noch gelungen, die rebellierenden Klassen zurückzuwerfen.

Genosse und Genossin werbe eifrig für dein Parteiprogramm.

Das Verbot der „Roten Fahne“ und die Politik Seberings vor dem Preussischen Landtag.

Gemeinsam mit den Verhandlungen über den Etat des Innenministeriums wurden die großen Anfragen der SPD. über das Verbot der „Roten Fahne“ sowie die Befragung von Suhr und Geseberg mit Schusspolizei behandelt, zu deren Verhandlung Genosse Scholten sprach. Der Minister des Innern hat die „Rote Fahne“ in einer Situation verstanden, in der die Arbeiterschaft ganz besonders darauf angewiesen ist, durch ihre Presse über den politischen Kampf im Ruhrgebiet, der von der Arbeiterschaft die größte Aufmerksamkeit fordert, sich unterrichten zu lassen.

Die „Rote Fahne“ wurde verboten, nachdem vorher die Aufforderung dazu von der deutschnationalen Partei in mehreren Reden und Anträgen an die Regierung ergangen war.

Die Begründung des Verbotes lautet klar, daß in der gegenwärtigen Situation die „Rote Fahne“ verhindert werden sollte die politischen Schwärmerien der Regierung zum Ausdruck zu bringen. Ferner hat die „Rote Fahne“ das ungeheure Verbrechen begangen, zu behaupten, daß der Kampf gegen das lächerliche Proletariat mit juristischen Klauen vorbereitet würde. Herr Sebering hat es besonders hervorgehoben, daß die „Rote Fahne“ seine Scheinampagne gegen die faschistischen Barden als Bluff bezeichnet. Das ist ihm peinlich aber wahr. Er fürchtet, daß man von der Arbeiterschaft seine wirkliche Rolle aufdeckt und ihn durch seinen brutalen Kampf gegen Ruß als Schlichter der Faschisten entlarvt. Sebering schlägt brutal gegen die Abwehrorganisationen, hütet sich aber, etwas Einzelnes gegen die Faschistenbanden zu tun. Ich weise gerade jetzt auf die Vorgänge in Mülheim an der Ruhr hin, wo die Polizei Seberings gegen Arbeitslose mit blauen Dornen vorgeht.

Die „Rote Fahne“ war es, die die faschistischen Mörcherplätze rücksichtslos ans Tageslicht gebracht hat, während der „Vorwärts“ (Hr. Ka.) die „Rote Fahne“ durchkreuzte die kapitalistische Verständigungspolitik der Suno und Geseberg.

Gen. Scholten brandmarkt weiter den Polizeiberfall auf die Suhler Arbeiterschaft und geht auf die Polizeipläne Seberings gegen die Gesebergers Arbeiterschaft näher ein. Weber in Geseberg noch in Suhr war Anlaß zu politischem Eingreifen. Die Aktion richtete sich gegen die Abwehrhundertchaften der Arbeiter, womit sich Sebering wieder einmal als reaktionärer Polizeiminister erwies.

Das Verbot der „Roten Fahne“, die Entsendung von Schußpolizei in die verschiedenen Städte, die Begünstigung der faschistischen Umtriebe, die Ermordung der hungernden Arbeitslosen in Mülheim — alles liegt auf dem Wege dieser Regierungspolitik, deren Ziel und Inhalt ist: Verständigung mit den französischen Kapitalisten auf Kosten der deutschen Arbeiter und Kampf gegen die Arbeiterklasse. (Beifall bei den Kommunisten.)

Im weiteren Verlauf der Sitzung kamen noch Schlangens von den Deutschnationalen, Hauschild (SPD.) und Loeckner (Zr.) zum Wort. Als Schlange von dem gegen vaterländische Pflichten parteipolitisch gebanzerten Herzen Seberings spricht, beginnen die Sozialdemokraten — aus tiefster in ihrer patriotischen Seele verwundet — zu toben. Die größten Schimpfworte hageln. Fäuste erheben sich „runter mit dem Kerl! Schweißbündel! Judenjungel!“ (Bezeichnung des SPD-Schimpfwort!) drohen durch den Saal. Doch ist der SPD-Saalstuhlgang heute nicht so gut in Laft wie sonst häufig gegen die Kommunisten. Auch mischt sich Sebering als Zeremonienmeister des Parlamentarismus ein. Schlange kann seine provokatorische Rede daher kurz beenden, was etlichen Orzechsingern auf der Tribüne Beifallskund-

gebungen entlockt. Darauf erhebt sich die Enttäuschung der parteipolitisch ungebildeten SPD-Seelen, und schließlich Räumung einiger Tribünen.

Sonnabendigung.

Bei der Weiterberatung des Etats des Innenministeriums des Innern sprach für die Stimmepartei der Abgeordnete v. Kardorf. Er rückte zunächst ab von der Rede des deutschnationalen Schlange und sprach, wenn auch mit kleinen Ausstellungen, um Seberings Hauptvorbehalte. Der Stimmepartei-Mann hatte mit Recht herausgeholt, daß sein Stellvertreter den kapitalistischen Interessen so trefflich dient, wie Sebering, der Sozialdemokrat. Sebering ergreift sofort zu seiner Entscheidung das Wort, wobei er die gönnerhafte Huld des Stimmepartei-Mannes dankend quittierte und dem Kardorf als vorbildliches Muster politischer Ritterschritte pries. Im übrigen befürwortete er, seinen Willen auch fernerhin S. M. dem Reichstag getreulich zu dienen.

Zu den Angriffen des deutschnationalen Schlange führte Sebering aus: Ich lese meine vornehmste Aufgabe darin, die Strenge autoritär zu stabilisieren. Gerade in dieser Zeit der Anarchie können mich Vorwürfe von rechts und links an meinem Vorgehen nicht hindern. Über Vaterlandsliebe streite ich mich nicht mit Herrn Schlange. (Sehr richtig links.) Ich soll die Parole haben: Der Feind steht rechts. Das habe ich 1919, 1920 und 1921 mit gleicher Energie den Kampf gegen links geführt. (Zurück der Kommunisten: Er ist noch stolz darauf!) Ein deutschnationaler Abgeordneter hat Anfang Mai mich aufgefordert, ich möchte gegen den dunklen Selbstschutz in Oberschlesien vorgehen. Dieser Abgeordnete heißt Schlange. (Hört, hört! und Heiterkeit.)

In Mülheim haben nach Sebering, die Behörden nichts getan, was die Arbeiter provozieren konnte. Die Arbeiter hätten ja warten können, bis von den Zentralinstanzen über ihre Forderungen entschieden worden wäre. Daß die Faschistenjungen und Polizeirevolver acht Arbeiterleben auslöscht und 30 Arbeiter schwer verwundet haben, dafür macht Sebering Poicare verantwortlich. Seine Polizei lobt er über den Schellendaus, sie habe sich in der ganzen Ruhrkampfzeit glänzend bewährt, sie verdienen den höchsten Dank für ihre ausgezeichnete Haltung.

Genosse Schulz (Neukölln)

gerliches den W-Frauch, in dem Kardorf seinen Sebering und Sebering sich selbst gehüllt hatte. Er ging zunächst auf die Mülheimer Vorgänge ein. Als eine Folge der Ruhrpolitik der Regierung sind. Am 13. April meldete die Presse, daß auch in Duisburg vor dem Rathaus einige Tausend Arbeitslose und Kurzarbeiter demonstrierten, weil sie trotz der großen Versprechungen der Kapitalisten nicht Mittel genug erhielten, um trockenes Brot kaufen zu können. Ihre Forderungen lehnte man ab.

Die Demonstranten wurden durch Schuss-hundertchaften auseinandergeprengt.

Mit derselben Brutalität ging man auch gegen Elberfelder Arbeiter vor. In Mülheim hat sich dann in furchtbarer, planvoller Weise wiederholt, was in anderen Orten vorangegangen war. Während man den Unternehmern auf Konto Ruhrhilfe Riesensummen in die Tasche schob, lehnte man provokatorisch die Forderungen der Arbeiter ab. Die Pressen überbietet sich nun in Verlogenheiten. Es zeigt sich, daß die Zügenzentrale der Regierung

wieder sicher funktioniert und die Presse, wie bei früheren Anlässen, prompt bedient. (Ordnungsruf.) Hervorgehoben ist die Einheitsfront von der „Deutschen Tageszeitung“ bis her-

unter zum „Vorwärts“. Es ist ein bester Hohn des Ministers, wenn er fordert, die Arbeiter hätten die Entscheidung der zentralen Instanzen abwarten sollen. Sollen die Arbeiter irgendwelchen Bedingungen, bis es den Instanzen gefällt, zu entscheiden? Die Vertreter der Offener Arbeiter, die hier beim Arbeitsministerium unterhandeln, werden schon länger hin und her gejagt. Wenn selbst bürgerliche Blätter zugeben, daß die Presse im besetzten Gebiet unerhört gesteigert seien, so sollte das ein Grund mehr sein, den Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Gerade der Mülheimer Fall zeigt besonders, daß die Regierung und die kapitalistischen Kreise des Ruhrgebiets die Arbeiter provozieren wollten und deswegen jede Entscheidung hinauszuverschieben. Man wollte blutige Zusammenstöße, um die Zurückführung der Polizei ins besetzte Gebiet zu forcieren. Wenn von „dunklen auswärtsigen Elementen“ geredet wird, die sich in Essen und Mülheim gezeigt haben, so können das nur Provokateure und faschistische Banditen gewesen sein. Alle Meldungen von einer Roten Armee und „Zusammenarbeit der Kommunisten mit Franzosen“ seien freche Lügen.

Der Schwandel von den Intimen Beziehungen der Kommunisten zum französischen Militär

Soll wohl nur die wirklich intimen Beziehungen der kapitalistischen Kreise zu den französischen Kapitalisten verdecken. Man sucht den gemordeten Essener Arbeiter Kränge, weil sie fürs Kapital fielen. Aber Arbeiter, die ihre Interessen gegen das Kapital vertreten, werden erbarmungslos mit Polizeiknüppeln, Revolvern, Maschinengewehren als Rebellen niedergemacht. Angesichts solcher Vorgänge der Polizei darf man zu Anerkennung auszusprechen, beweise, bis zu welchem Tiefstand sich sozialdemokratische Minister herabbewegen können.

Es ist verbrecherisch, wenn man, wie Sebering, die Abwehrhundertchaften der Arbeiter von vornherein diskreditiert. Sebering hat die Remschelber und Gesebergers Arbeiter frivol als „Räuber“ verleumdete, weil sie zum Selbstschutz griffen. Auf eine offene Anfrage des Remschelber Gewerkschaftsartells an den Minister, woher er die Berechtigung zu seiner Verleumdung nehme, hat Sebering verneinend zu antworten.

Ein unerhörter Skandal ist die Befragung von Suhr mit Schusspolizei. Auf 50 Einwohner einschließlich Säuglinge kommt nunmehr in Suhr ein Schusspolizist.

Statt Polizei soll Sebering der Suhler Arbeiterschaft lieber Lebensmittel senden.

Wenn er aber hoffe, mit seiner Polizeimaßnahmen die Abwehrhundertchaften der Arbeiter beseitigen zu können, dann täusche er sich gewaltig. Die Suhler Arbeiter haben die Regierung, den Oberpräsidenten Hörning u. a. Regierungsvertreter aufgefordert, in öffentlicher Versammlung die angeblühende Notwendigkeit der Befragung der Stadt mit Schusspolizei zu erklären. Hörning hat selbst in einer Versammlung der Suhler SPD. zugegeben, daß, wie er aus Augenschein wisse, in Suhr die Ordnung

schon gewirkt ist. Es sind keine wogenden Massen, sondern Reglerungsstreife sind aber zu sehen gewesen, in öffentlicher Versammlung zur Suhrer Arbeiterschaft zu sprechen. Es wäre wohl auch nicht möglich gewesen, die Arbeiter davon zu überzeugen, daß sie unter Polizeiaufsicht gestellt werden müssen.

Genosse Schulz brandmarkt die Süge von der Demokratisierung der Verwaltung.

Diese Phrase gebraucht man gegenüber den Arbeitern. Im Parlament aber schimpft Sebering vor den Deutschnationalen auf jeden Angriff mit der Bemerkung, daß die meisten Landräte und sonstigen höheren Beamten gar nicht zur sozialdemokratischen Partei gehörten, vielmehr durchaus bürgerlich, zum Teil deutschnational orientiert seien. Für uns Kommunisten ist die schwache Personalpolitik Seberings genügend charakterisiert durch die Befragung eines Mannes wie Weismann zum Staatssekretär. Weismann sei ja auch die schmutzige Quelle, die Sebering mit Material besorge für seine Angriffe gegen das revolutionäre Proletariat und die kommunistische Partei.

Scharf und mit beifolgender Ironie perfekte Genosse Schulz Seberings Ausländerpolitik. Die Frau eines Bergarbeiters, der 15 Jahre dem deutschen Bergkapital gefroren habe, ist ausgewiesen worden.

Den Besessenen und Schieber-Castigioni

und andere Balutarüber aber wagt man nicht anzugreifen. Sie sitzen ungeschoren in Palästen im Tiergartenviertel von Berlin, indes das aus dem Ruhrgebiet Betriebenen, wie zur Schande der nationalen Einheitsfrontleute bürgerliche Redner gestehen müssen, obdachlos umherirren. Auch die italienische Faschistenbrut und das reaktionäre Gesindel aller Herren Länder darf sich breit machen. Sie sind gegen Ausweisungen durch Sebering geschützt. Unter solchen Umständen nimmt sich die Einrichtung der nationalfaschistischen Presse eigenartig aus, wenn sie von brutalen Ausweisungen durch den französischen Militarismus berichten. Preussische Polizei und französischer Militarismus wetteifern in Brutalität!

Rücksichtslos rechnete Genosse Schulz mit der passiven und affekten Begünstigung des Wuchers der Regierung Sebering-Braun ab. Man bestraft ihn und wieder ein paar Ortskramhändler, läßt aber die Kartelle, Syndikate des Großkapitals ihre wucherische Praxis ungehindert betreiben, und auch die großagrarischen Wucherer bleiben vollkommen unbehelligt, trotz unerschütterter frecher Preistreiber.

Peinlich war Herrn Sebering die Frage unseres Redners.

Wie der sozialdemokratische Innenminister zu Cassan steht.

ob der sozialdemokratische preussische Ministerpräsident die Suno-Regierung gegen den faschistischen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten zu unterstützen gedenkt.

Wir Kommunisten fordern trotz Sebering die Arbeiter auf, sich gegen die faschistische Gefahr entschlossen in Abwehrhundertchaften

Die unheimliche Suche.

Ein sozialer Roman von Jac London.

28) Nachdem Arbeit und Kapital diese hundert Dollars verdient haben, gehen sie an die Zeitung derselben. Die Statistiken dieser Zeitung rechnen mit Brüchen, der Bequemlichkeit halber wollen wir eine runde Zahl annehmen. Das Kapital nimmt fünfzig Dollars als seinen Anteil, und die Arbeiter bekommen fünfzig Dollars Lohn als ihren Anteil. Wegen der Teilung wollen wir uns hier nicht streiten. Etwas, was sehr gestritten werden mag, in irgend einem Prozentfuß wird die Teilung vorgenommen. Und bedenken Sie, daß das, was sich in bezug auf diesen einen besonderen industriellen Betrieb so verhält, auch für alle anderen Fabrikbetriebe zutreffend ist. Habe ich recht?

Wieder nickten alle beifällig. „Nun sehen wir den Fall, daß die Arbeit, die ihre fünfzig Dollars bekommen hat, Schuhe zurückkaufen wollte. Sie kann solche nur im Wert von fünfzig Dollars wieder zurückkaufen. Das ist klar, nicht wahr?“

Und nun gehen wir von diesem einzelnen Betrieb zu der ganzen Summe aller industriellen Betriebe in den Vereinigten Staaten, die die Herstellung des Leders selbst, die Rohstoffe, Transport und Verkauf, kurz alles in sich schließt. An eine runde Zahl zu nennen, nehmen wir einmal an, daß die gesamte Jahresproduktion an Schuhen in den Vereinigten Staaten vier Milliarden Dollars beträgt. Während dieser Zeit hat die Arbeit an Lohn zwei Milliarden Dollars bekommen. Vier Milliarden sind produziert worden. Wie viel kann die Arbeit hiervon zurückkaufen? Zwei Milliarden. Darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheit, dessen bin ich sicher. Übrigens ist der Prozentfuß, den ich angenommen habe, sehr hoch, denn von tausend kapitalistischen Devisen kann die Arbeit nur die Hälfte der ganzen Produktion zurückkaufen.

Aber wir wollen zurückkehren. Wir wollen annehmen, daß die Arbeit zwei Milliarden zurückkaufen kann. Dann ist es so, daß die Arbeit nur zwei Milliarden verbrauchen kann.

Es muß also mit zwei Milliarden gerechnet werden, die die Arbeit nicht zurückkaufen und verbrauchen kann.

Die Arbeit verbraucht nicht ihre zwei Milliarden,“ unterbrach Herr Rowalt. „Wenn sie es tun würde, dann gäbe es keine Ersparnisse auf den Sparplätzen.“

Die Ersparnisse der Arbeit auf der Sparkasse sind nur eine Art Reservefond, der ebenso schnell aufgebraucht wird, wie er sich anhäuft. Diese Ersparnisse sind für das Alter, für Krankheit und unvorhergesehene Fälle berechnet und für Begräbniskosten. Sie sind einfach ein Stück Brot, das in den Schrank zurückgelegt wurde, um erst am nächsten Tage gegessen zu werden. Nein, die Arbeit braucht alles von der Produktion auf, das ihr Lohn zurückkauf.

Zwei Milliarden verbleiben dem Kapital. Nachdem dieses alle seine Ausgaben erfüllt hat, braucht es wohl den Rest auf? Verbraucht das Kapital seine ganzen zwei Milliarden?“

Ernst hielt inne und richtete diese Frage an verschiedene Herren. Die schüttelten den Kopf.

„Ich weiß es nicht,“ sagte einer von ihnen freimütig.

„Sie wissen es freilich,“ sagte Ernst. „Denken Sie einen Moment nach. Wenn das Kapital seinen Anteil verbraucht, würde die Kapitalsumme doch nicht ständig wachsen. Sie würde unändert bleiben. Wenn Sie die wirtschaftliche Entwicklung der Vereinigten Staaten betrachten, finden Sie, daß das Kapital beständig angewachsen ist. Also verbraucht das Kapital seinen Anteil nicht. Erinnern Sie sich der Zeit da England so viele unserer Eisenbahnaktien besaß? Mit den Jahren kauften wie diese Aktien zurück. Was heißt das? Der unverbrauchte Teil des Kapitalanteils kaufte die Aktien zurück. Was soll es bedeuten, daß heute die Kapitalisten der Vereinigten Staaten hunderte und aberhunderte von Millionen Dollars in amerikanischen, russischen, italienischen und griechischen Aktien besitzen? Es bedeutet, daß die Hunderte und aberhunderte von Millionen der Teil des Kapitalanteils waren, der nicht verbraucht wurde. Ueberdies hat das Kapital seit dem Beginn des kapitalistischen Systems seinen Anteil niemals völlig verbraucht.“

„Und nun kommen wir zur Hauptfrage. Hier Milliarden Werte werden jährlich in den Vereinigten Staaten produziert. Die Arbeit kauft hiervon zwei Milliarden zurück und verbraucht diese. Das Kapital verbraucht nicht die ihm verbleibenden zwei Milliarden. Es verbleibt ein großer unbrauchter Ueberschuß? Was geschieht mit diesem Ueberschuß? Was geschieht damit? Die Arbeit kann nichts davon verbrauchen, denn sie hat in ihrem Lohn bereits alles anbezahlt. Das Kapital verbraucht diesen Ueberschuß nicht, weil es naturgemäß schon alles, was es kann, verbraucht hat. Immer noch bleibt ein Ueberschuß. Was geschieht damit? Was ist damit verbunden?“

„Er ist an das Ausland verkauft worden,“ bemerkte Herr Rowalt.

„So ist es,“ stimmte Ernst bei. „Aus diesem Ueberschuß entnimmt unser Bedürfnis nach dem ausländischen Markt. Er wurde also ins Ausland verkauft, er mußte dorthin verkauft werden. Es gibt keinen anderen Weg, ihn loszuwerden. Und dieser unbrauchte und ins Ausland verkaufte Ueberschuß wird das, was wir unsere gnostische Handelsbilanz nennen. Sind wir bis dahin alle einverstanden?“

„Es ist sicherlich Zeitvergeudung, dieses ABC des Handels so sorgfältig auszuarbeiten,“ sagte Herr Galbin mürrisch. „Wir verstehen es alle.“

„Und gerade durch dieses ABC, daß ich so sorgfältig ausgeartet habe, werde ich Sie bestürzt machen,“ gab Ernst zurück. „Das ist das Schönste daran. Und ich will Sie damit gleich jetzt verwirren machen.“ Die Vereinigten Staaten sind ein kapitalistisches Land, das seine Hilfsquellen aufgeschlossen hat. Genährt kein kapitalistisches System in der Industrie hat es unbrauchte Ueberschüsse, die es losbekommen muß und zwar an das Ausland. Wie in den Vereinigten Staaten, so ist es in jedem Lande, das unbrauchte Ueberschüsse hat. Vergessen Sie nicht, daß Sie schon Handel miteinander getrieben haben, und daß doch noch Ueberschüsse bleiben. In all diesen Ländern hat die Arbeit ihren Lohn ausgegeben und kann keine Ueberschüsse kaufen. Das Kapital hat in all diesen Ländern auch schon alles verbraucht, was es seiner Natur entsprechend fähig ist. Und immer noch verbleibt ein Ueberschuß. Untereinander können diese

Länder diese Ueberschüsse nicht verkaufen. Wie also werden sie dieselben los?“

„Sie verkaufen sie an Länder mit unerschlossenen Hilfsquellen,“ flüsterte Herr Rowalt.

„Ganz richtig. Sie sehen, meine Beweisführung ist so klar und einfach, daß Sie dies selbst in Ihren eigenen Gedanken für mich weitererspinnen. Und nun weiter. Geseht der Fall, die Vereinigten Staaten verkaufen ihren Ueberschuß an ein Land mit unerschlossenen Hilfsquellen, sagen wir an Brasilien. Was bekommt nun die Vereinigten Staaten von Brasilien als Gegenwert?“

„Gold,“ sagte Herr Rowalt.

„Aber es gibt nur so und so viel und nicht zu viel Gold auf der Welt,“ warf Ernst ein.

„Gold in Gestalt von Silbersteinen, Aktien und so weiter,“ ergänzte Herr Rowalt.

„Jetzt haben Sie es getroffen,“ sagte Ernst. „Die Vereinigten Staaten erhalten von Brasilien als Gegenwert Aktien und Silbersteinen. Und was heißt das? Das heißt, daß die Vereinigten Staaten alsdann Besitzer von Eisenbahnen, Fabriken, Bergwerken und Ländereien in Brasilien sein werden. Und was bedeutet wiederum das?“

Herr Rowalt überlegte und schüttelte den Kopf.

„Ich will es Ihnen sagen,“ fuhr Ernst fort. „Das bedeutet, daß die Hilfsquellen in Brasilien jetzt aufgeschlossen werden. Nun weiter. Wenn Brasilien unter dem kapitalistischen System keine Hilfsquellen erschlossen hat, wird es selbst einen unbrauchten Ueberschuß haben. Kann es diesen an die Vereinigten Staaten verkaufen? Nein, denn diese haben selbst Ueberschüsse. Können die Vereinigten Staaten ihren Ueberschuß an Brasilien abgeben, wie sie es zuvor taten? Nein, jetzt hat ja Brasilien selbst einen Ueberschuß.“

„Was wir nun? Die Vereinigten Staaten und Brasilien müssen auf die Suche nach anderen Ländern mit unerschlossenen Hilfsquellen gehen, um daselbst ihren Ueberschuß abzuziehen. Aber alsdann, wenn das geschehen werden auch die Hilfsquellen dieser Länder aufgeschlossen. So erhalten auch sie Ueberschüsse und suchen sich ihrerseits wieder Abgabegüter in anderen Ländern.“ (Fort folgt)

Der Arbeitermord in Offen.
Erklärung der kommunistischen Fraktion im Preussischen Landtag.

Bei Wiedereröffnung der Landtagssitzungen hat die kommunistische Fraktion folgende Erklärung verlesen:

Die kommunistische Fraktion erhebt schärfsten Protest gegen den Mord an den Arbeitern in Offen.

Das Arbeiterblut, das am Osterfesttag in Offen geflossen ist, fällt nicht allein den französischen Machthabern, sondern auch der deutschen Kapitalistenklasse und den in ihrem Solde stehenden nationalistischen Propagandisten zur Last.

Alle die Opfer, welche der immer zunehmende Kampf um den Lohnanteil an der Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse erfordert, erhöhen die Blutschuld sowohl der französischen als auch der deutschen Bourgeoisie und ihrer regierenden Sachwalter.

Die kommunistische Fraktion beklagt die Opfer des brutalen französischen Militarismus und Imperialismus ebenso sehr, wie sie die vielen Tausende von Proletariern beklagt, die der deutschen Konturrevolution, deutschen Meutereien, deutschen Ausbeutern und ihren Helfershelfern zum Opfer gefallen sind.

Die kommunistische Fraktion klagt Pomare an, daß er durch die Ruhrkämpfe verwehrte Arbeitslosigkeit, verschärftes Not und verschärftes Elend über die deutsche Arbeiterbevölkerung gebracht hat; sie klagt aber auch die deutschen Machthaber an, daß sie durch die behördlich geduldeten und begünstigten wucherischen Preispolitik und Produktionsabschaltung der deutschen Industrie, des deutschen Handels und der deutschen Landwirtschaft in steigendem

Not und Entbehrungen über die arbeitende Bevölkerung Deutschlands heraufbeschworen und die Proletariermörder zu Millionen frühzeitigem Tod oder lebenslangem Säckchen überliefert haben.

Die kommunistische Fraktion spricht den Proletariern, die in Frankreich wie im besetzten Gebiet im gleichzeitigen Kampfe gegen den heute hungerigen französischen und den nicht minder ausbeutungslüsternden deutschen Kapitalismus aus, daß sie sich nicht durch französische Schwergen hinter Gittern und vertrieben werden, in gleicher Weise ihre vollste Sympathie aus wie den zahlreichen revolutionären Kämpfern, die auch heute noch als Opfer deutscher Schandjustiz in deutschen Gefängnissen, in deutschen Zuchthäusern schmachten.

Die kommunistische Fraktion kann keinen Unterschied darin erblicken, ob die bestehende frauenhässliche Wohnungsnot durch französische Besatzungstruppen oder durch Severings Schupo oder durch deutsche Baukostenwucherer gesteigert wird; keinen Unterschied zwischen den frechen Kontributionen des französischen Besatzregimes und der Steuerausplünderung der breiten Massen unter völliger Freilassung des Besitzes durch die deutsche Regierung.

Die kommunistische Fraktion weiß, daß es keiner bürgerlich-kapitalistischen Regierung, auch wenn sie in Form einer bürgerlich-sozialistischen Koalitionsregierung wie in Preußen auftritt, gelingen wird, eine Ablösung der Schwere und für die Arbeiterklasse opfervollen, für die Besitzenden aber gewinnbringenden Konflikte zu finden, die sich fortgesetzt aus dem Zerfall der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ergeben.

Nur wenn sich die gesamte deutsche Arbeiterklasse in geschlossener Front gegen französischen Imperialismus und den deutschen Kapitalismus und Faschismus zusammenschließt und in rücksichtslosem Kampfe gegen ein unhaltbar gebrochene wirtschaftliches und politisches System die Sachwalter der Sachwalter der Bourgeoisie aus den Regierungen verjagt und durch Beauftragte der Arbeiterklasse ihre Geschäfte führen läßt, nur dann wird der Weg gebahnt aus dem tiefen Sumpf zu einer erfolgreichen politischen und ökonomischen Neugestaltung der Welt.

In diesem Sinne begrüßt die kommunistische Fraktion die Solidaritätsaktionen der französischen und russischen kommunistischen Partei und Gewerkschaften.

Es lebe der internationale Kampf des Proletariats gegen Kapitalherrschaft und Militarismus!

Ruttner will kein Mörder sein. Ein Appell an die Klassenrichter.

Der ehrenwerte Herr Ruttner, der jetzt für Paris die "Blode" läutet, will ihm die Sozialdemokratische Partei denselben Strauß, den er in der "Vorwärts"-Redaktion zog, aus Gründen der Ermordung eines Arbeiters, notwendig aus der Hand nehmen müßte, hat Verurteilung eingeleitet in dem bekannten Prozesse Ruttner-Davidsohn. Die Ruttner die neue Verhandlungsführung zu beschließen gedenkt, geht aus folgendem Aufruf im "Vorwärts" hervor:

Der sozialdemokratische Abgeordnete Ruttner hat im Anschluß an die Berliner Januar-Kämpfe 1919 den Arbeiter Eichhorn getötet und ist deswegen vom Genossen Davidsohn des Nordes bezichtigt worden. Ruttner klagte, das Berliner Schöffengericht sah den Beweis, der gegen ihn angetreten wurde, als erbracht an und sprach Davidsohn frei.

Ruttner ist in die Verurteilung gegangen. Die Verhandlung beginnt am 25. d. Mts. Nachdem seine Beweissführung in erster Instanz verunglückt ist, stellt er jetzt plötzlich die Behauptung auf, die Spartakisten hätten im Januar 1919 eine große Zahl der ihelgen ins Regiment "Reichstag" eingeschmuggelt mit dem Auftrag, dort zu spielen, die Disziplin zu untergraben usw.

Aus diesem "Grunde" und als einen "Spartakisten" dieser Art will Ruttner seinen Parteigenossen Eichhorn mit Recht erschossen haben. Nachdem er in seinem Aufruf, den die ganze SPD-Presse abdruckte, Zeugen für eine solche "geschichtliche" Darstellung gesucht hat, werden hiermit alle diejenigen, die in der Lage sind, diese Ruttnersche Behauptung zu widerlegen, im Interesse der Sache und der Säuberung des Landtags zu Unrecht geschmähter und zum Teil in den Januar-Kämpfen getöteter Arbeiter dringend gebeten, ihre Adresse unverzüglich dem Genossen Georg Davidsohn, Berlin O 25, Kaiserstraße 10, zur Verfügung zu stellen.

Die U.S.P.D. sowie die kommunistische Presse wie überhaupt alle anständigen Blätter, werden um Abdruck dieses Aufrufs gebeten.

Wohl selten paart sich Raffgierigkeit und Schamlosigkeit so niederträchtig, wie in dieser Verurteilung. Ruttner appelliert an die Klassenrichter. Es war ein "Spartakist" und er mußte erschossen, gemordet werden!

Es ist Ehrenpflicht jedes Arbeiters, der etwas über die betreffenden Vorgänge weiß, im Sinne vorstehenden Aufrufs zu reagieren. Kann sich im übrigen noch ein sozialdemokratischer Arbeiter mit diesem "Genossen" Ruttner solidarisieren?

Der Schacher ums Fell des Proletariats

Bei Berlin, 21. April. Beim Reichsanwalt fand heute eine Aussprache der Vertreter der Spitzenorganisationen statt, die insbesondere der gegenwärtigen Wirtschaftslage, der Marktsituation und dem Verhalten Londons und Frankreichs, sowie der Lage im alten und neu besetzten Gebiet galt. Die Besprechung wird voraussichtlich demnächst fortgesetzt werden. Heute schon ergab sich Übereinstimmung in der Zielsetzung, eine Wiederholung des Vorganges unmöglich zu machen, daß die Preise in kürzester Zeit in die Höhe getrieben

werden, eines Vorganges, gegen den insbesondere der Reichsanwalt Stellung nehmen wird. Zwischen den Parteien ist zu lesen: Es ergab sich Übereinstimmung in der Zielsetzung, daß die Gewerkschaften keine Lohnforderungen stellen!

Die kommunistische Jugend Schlesiens zum 7. Reichstageskongress der KPD.

Die am Sonntag in Freiburg stattgefundene Bezirksauswahlkongress des Bezirks Schlesien der KPD, nahm einstimmig folgende Entscheidung an: Die Bezirksauswahlkongress der KPD, Bezirk Schlesien begrüßt nach Anhören eines ausführlichen Berichtes die Beschlüsse des 7. Reichstageskongresses der kommunistischen Jugend Deutschlands. Insbesondere heißt die Sitzung die sofortige Inangriffnahme der Betriebszellenorganisation sowie die Stellungnahme des Reichstageskongresses zu den Differenzen innerhalb der KPD, gut. Die Bezirksauswahlkongress gelobt, alle Kräfte anzuspannen, um die Beschlüsse des 7. Reichstageskongresses in der praktischen Arbeit zu verankern. Freiburg, den 22. April 1923.

Die Kämpfe der österreichischen Arbeiterchaft.

Der Berliner "Roten Fahne" wird aus Wien gemeldet: Am 18. fanden in Wien und in allen größeren Städten Österreichs Massenunruhen der Arbeiterchaft statt, die von der kommunistischen Partei und dem revolutionären Gewerkschaftsblock mit den Parolen: "Für Lohn-erhöhung, Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, gegen die Durchbrechung des Achtstundentages, gegen den mörderischen Faschismus, für die Wehrhaftmachung des Proletariats, gegen die imperialistische Kriegsgefahr, für den Betriebsrätekongress!" einberufen wurden. Der Bergarbeiterstreik in Steiermark wurde von den Gewerkschaftspiketen in Gebetsverhandlungen mit den Unternehmern abgelehnt. Die Forderungen der Arbeiterchaft wurden abgelehnt. Das Industriegebiet ist mit starken Reichwehrrabteilungen besetzt, weil die Unternehmer auf eine wilde Fortsetzung des Streiks gefaßt sind.

Kommunistische Literatur.

Achtung Literaturliebhaber! Soeben neu erschienen: "Am Sterbelager eines werktätigen Volkes" von Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

Einen neuen Leser! Genosse, vergiß es nicht!

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Johannes Gatzig; für den Inseratenteil: Max Schöcher. Verlags- und Druck: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Berichtungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

KPD Bezirksleitung: 6. März. Breslau. Bezirksleiter: Dr. med. Klauber. 32 Seiten stark, Preis 500 M. Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteil. Buchhandlung.

Schauspielhaus.

160 Dramenstücke. Heute und täglich 7 1/2 Uhr Madame Filrt. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr Frasquita.

Zeltgarten.

Täglich 7 1/4 Uhr: Robert Bertram. Die lustig. Vagabunden. Vorverkauf Barasch.

Matthias-Kino.

Matthiasstraße 38. Mottekstraße 9.

Die große Sensation!

C. d. E. Abenteuerfilm in 6 Akten. Er im Seebade. Maritza, die Tänzerin. Sitzreihen, 5 Akte.

Bruderkassen-Gesellschaft "Überlebender".

Am Sonntag, den 29. April 1923 nachm. 4 Uhr, im Hüttengasthaus.

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- u. Kassenbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. Am Sonntag, den 29. April 1923 nachm. 2 Uhr, im Hüttengasthaus.

Sitzung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.

Bestimmtes und pünktliches Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand.

Wir liefern Drucksachen zur Maifeier.

aller Art, wie Programme, Eintrittskarten, Plakate, Abzeichen. sowie zu allen Veranstaltungen unserer Ortsgruppen, der Sportvereine und anderer proletarischer Organisationen zwar nicht

vollständig kostenlos

nher zu Preisen, die unseren Genossen bei allen ihren Veranstaltungen in weitestestender Weise Unterstützung garantieren!

Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. / Abtl. Buchdruckerei. Breslau 10, Trebnitzer Straße 50.

Eeben neu erschienen:

Brot und Maschinen für Sowjet-Rußland. Ein Jahr proletarischer Hilfsarbeit von Willi Münzenberg. Broschüre, 38 Seiten stark. Preis 200.- Mark.

Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Breslau, Nikolaitraße 49/50, Abteilung Buchhandlung.

Werbe neue Leser!

Zahle die höchsten Preise für Gold-, Platin-, Silber-Bruch, alle Gebisse.

Streng reelle Bedienung. Einkauf täglich 8-7 Uhr. Ueberbiete jeden Konkurrenzpreis. Bel stölgendem Dollar sofort höhere Preise. Kein Zahn unter 4000.- Mk. Knopfstifte die Hälfte. Breslau, Matthiasstr. 18 I. Th. Schade.

Gebrauchter Handwagen.

etwa 8 bis 10 Zentner Tragkraft. sofort zu kaufen gesucht. Produktiv-Genossenschaft Abteil. Buchdruckerei. Breslau, Trebniger Str. 50.

Wieder eingetroffen:

Taschen-Kalender der KPD. für 1923. 255 Seiten stark. Preis: 250.- Mk.

Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft f. die Prov. Schlesien. Breslau 1, Nikolaitraße 49/50, Abteilung Buchhandlung.

Hast Du schon das kommunistische Ebnmalotus gekauft?